





Polens

Drang nach dem Westen

von R. B. Zimmer

**Polens Drang nach dem Westen**

Dr. August Müller



Public Library of the City of New York



1108641

Mit, 141\*

# Polens Drang nach dem Westen

von

Ernst R. B. Hansen

Mit einem Vorwort

von

Dr. August Müller

Staatssekretär a. D.



1 9 2 7

---

Verlag von K. F. Koehler, Berlin W9 und Leipzig



// 410672



**Biblioteka Główna**  
**Uniwersytetu Gdańskiego**



1100518692

D 418/2/05

10.

Copyright 1927 by K. F. Koehler, G. m. b. H., Berlin und Leipzig

1/82

↳ Museum Wojak. Szt  
25. F. 46

## Vorwort.

In der polnischen Polemik gegen Deutschland bildet der deutsche „Drang nach dem Osten“ ein immer wiederkehrendes Schlagwort. Es wird dabei nie beachtet, daß dem seit der slawischen Einwanderung in die ehemals germanischen Gebiete Ostdeutschlands im 5. und 6. Jahrhundert n. Chr. auch ein Drang der Slawenvölker nach dem Westen gegenübersteht, und zwar ein Drang, den gerade heute eine ungesunde politische Propaganda in Polen noch zu steigern bemüht ist.

Im Frieden von Versailles ist diesem Drang Polens nach dem Westen ein übermäßiges, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker unvereinbares Entgegenkommen erzielt worden. Der Herausgeber der vorliegenden Untersuchung der polnischen Nachkriegsliteratur hat sich nun die Frage gestellt: „Hat denn nun wenigstens der Deutschland auferlegte Verlust an Land und Volksgenossen (infolge der neuen Grenzen im Osten) die Gegenpartei befriedigt? Ist Polen beruhigt? Ist Polen saturiert?“

Das Ergebnis seiner Untersuchung liefert eine klare Antwort auf diese Frage. Sie lautet strikt verneinend. Man hat also die Ostzone Mitteleuropas zerstückelt, und was ist der Erfolg? Man hat den Wirtschaftsorganismus eines großen Festlandgebiets zerstört, und welches ist das Ergebnis? Das Opfer hat nicht einmal dazu ausgereicht, die damit Beschenkten zu befriedigen. Es hat bei ihnen vielmehr einen Expansionshunger hervorgerufen, der ein Mehr an fremdem Ländergewinn verlangt, der ein Mehr an Eingliederung fremder Bevölkerung fordert, mag diese auch eine ihr ja seinerzeit freigestellte Option für Polen so unbedingt, so einmütig von

sich gewiesen haben, wie es zum Beispiel die Masuren getan haben. Gleichviel! Unbekümmert hierum predigen alle angeführten polnischen Autoren, der eine auf feinere, der andere auf gröbere Art, die Ausdehnung Polens nach Ostpreußen. St. Grabski aber propagiert das gleiche auch in der Richtung zur Oder, während die *Consulibus*-Schrift gar über die Aufteilbarkeit ganz Schlesiens Betrachtungen anstellt. Und diese Denkungsart, u. a. von politischen Führern, von höchsten Staatsbeamten, von Funktionären des inneren wie von einem des auswärtigen Dienstes vertreten, ist nicht etwa nur ein kurzer Rausch nach dem unerwarteten Weltkriegsausgang. Sie wird jahrein, jahraus neu bestätigt und, wenn die Vorschläge eines dieser Autoren, St. Srokowskis, Annahme finden, so ist sie gar für eine „allerlebhafteste, unablässige Aktion in der Presse Europas und Amerikas“ bestimmt.

Wenn man sich mit dieser Tatsache einmal bekannt gemacht hat, so wird auch der Ernst ihrer unausbleiblichen Folgen nur zu deutlich. Die Ministerexposés, die auswärts gehaltenen Reden polnischer Politiker, die in fremde Sprachen übersetzte polnische Werbeliteratur, sie klingen ja in der Tat meist anders und wiederholen in den Grenzfragen mit Vorliebe ein *Quieta non movere*. Aber wenn man solchen Kundgebungen für den Export nun diejenige Literatur gegenüberstellt, die daheim, in der eigenen, dem Ausländer ja zumeist verschlossenen Sprache, zu den polnischen Volksgenossen redet — welche Stimmen verdienen da wohl mehr Glauben? Welche sind aufrichtiger? Welche unterrichten genauer über die wahren Intentionen der politisch leitenden Kreise? Durch welche erfahren wir besser, in welche Richtung die Volkstimmung gelenkt wird? Die Frage stellen heißt sie beantworten.

Eine ganze Reihe von Gesichtspunkten und Gedankengängen sind den verschiedenen Programmen einer Expansion Polens nach dem Westen gemeinsam.

Ein grundlegendes Faktum ist, daß die polnische expansionspolitische Publizistik beweist, wie unverhohlen man auch pol-



nischerseits die gegenwärtigen polnischen Westgrenzen nur als ein Provisorium ansieht. Zwar geschieht dieses im umgekehrten Sinne, wie die gleiche Ansicht von den sonstigen Anhängern einer Revision dieser Grenzen vertreten wird. Aber nicht ohne einen starken Eindruck wird der Unvorgekommene zum Beispiel bei Grabski lesen, wie geringe Bedeutung er der Tatsache beimißt, daß zurzeit irgendwelche festgelegte Grenzen bestehen, und wie seine Gedanken völlig von dem Ziele beherrscht werden, was zu geschehen habe, wenn sie fallen, ja, welche Vorarbeit seines Erachtens dafür schon heute von Polen geleistet werden müsse.

So klar und unabweisbar diese Gedankenrichtung hervortritt, so sehr scheint eine andere verlassen, die einstmals, bevor Polen durch die Großmächte des Weltkriegs wiederhergestellt worden war, in der polnischen Publizistik vorherrschte. Der Glaubenssatz von der Selbstbestimmung der Völker ist in ihr heute abgestorben. Nachdem er seine Schuldigkeit getan, hat man ihn, scheint's, völlig zum alten Eisen geworfen. Und in der Tat ist das heutige polnische Staatswesen, und gar wenn es als Nationalstaat verwaltet werden soll, auch seine beredteste Verneinung.

Wurde hier ein ideeller Grundsatz aus der Kriegs- und Vorkriegszeit, der Europa auf eine höhere Entwicklungsstufe heben und den Völkerfrieden verbürgen sollte, rasch geopfert, nachdem die Taktik des nationalen Egoismus und einer ihm entsprechenden Staatsräson dieses Instruments nicht mehr bedurfte, so finden wir auch nicht, daß etwa einer der führenden ideellen Grundsätze der Nachkriegszeit, die dem gleichen Entwicklungsziele dienen sollen, dafür Aufnahme gefunden hätte. Nirgends wird in den hier behandelten polnischen Schriften die Frage der Gebiets Herrschaft nach dem Kriterium geprüft, in welchem Fall der übernationalen Aufgabe, Werte zu schaffen, am besten gedient wäre. Übrigens doch, ein Autor wirft diese Frage einmal auf: Srokowski in dem auf S. 45 ff. behandelten Abschnitt über Polens „zivilisatorische“ Aufgabe in Ostpreußen. Man wird, wenn man diesen Absatz gelesen

hat, freilich leicht begreifen, warum die anderen Autoren vergleichsweise immer noch besser taten, darüber zu schweigen. Aber wenn sie darüber schweigen, so ändern sie doch nichts daran, daß gerade über diese Frage, zusammen mit der gleichfalls nicht mundtot zu machenden Selbstbestimmung der Völker, immer lauter die Stimme der Welt redet. Die Schicksalsverbundenheit der wachsenden Bevölkerung aller Länder unseres schwer ringenden Kontinents ist so groß, und sie steigert sich derart von Jahr zu Jahr, daß es von immer schwerer wiegender internationaler Bedeutung wird, nicht nur wer wo und wer über wen regiert, sondern vor allem wie jeder regiert. Die Verantwortlichkeit dafür, ob Gebiete produktiv und kulturwürdig verwaltet werden, ist nicht mehr nur innerstaatlich, sie wird zunehmend zwischenstaatlich. Die Selbstbestimmung der Nationen aber wirkt genau in gleicher Richtung. Die von Grabski zum Beispiel noch ganz lapidar vertretene Ansicht, ein Staat müßte nach Einbeziehung aller Stammesgenossen seines Staatsvolkes streben, wird durch sehr beredte Erfahrungen und Tatsachen gerade der Nachkriegszeit widerlegt. Die im obigen so oft behandelten Beispiele Masurens und Oberschlesiens zeigen ja, daß auch fremdnationale Elemente es vorziehen können, in einem Staate zu verbleiben, der ihnen den Anteil an höheren kulturellen Lebensbedingungen gewährleistet. Gefordert werden muß nur, daß der Wille der Bevölkerung gehört und daß er geachtet werde.

Aus dem beigebrachten Material folgt, daß es nicht angängig wäre, die Bedeutung der gekennzeichneten Expansions-Ideologie in Polen zu unterschätzen. Falscher Hochmut ist es, sich nicht darum zu kümmern, „worüber man sich in den Oststaaten zu Hause unterhält“. Bedenkliche Entwicklungen, die in diesen Staaten ihren Anfang nähmen, könnten sehr weite Kreise ziehen und selbst bei der Rückwirkung auf ihre nächsten westlichen Nachbarn nicht haltmachen. Darum scheint es nicht nur berechtigt, sondern notwendig, von einer außerhalb Polens genaue Kenntnis zu nehmen. Dabei ist die Erörterung auf die westlichen Expansionsziele der behandelten

polnischen Autoren beschränkt. Sie sind zum Teil gegen Osten nicht weniger reich an Plänen und Zielen. Doch sollte dieses Ostthema hier nicht einbezogen werden.

Wie gefährlich alle diese Imperialismen sind, scheinen übrigens manche unter denen, die sie predigen, selber kaum zu empfinden, wofür Bukowiecki ein Beispiel ist. Dennoch bleibt natürlich die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß in Polen selbst eine geistige Gegenbewegung entstehe, welche dem Unheil zu steuern sucht. Nichts könnte im gesamt-europäischen Interesse willkommener sein. Wenn eine solche Selbstkorrektur freilich Glauben finden soll, wird sie an einer Grundforderung nicht vorübergehen können. Und das wäre? Die Rückkehr zu einer ehrlichen Anerkennung des Grundsatzes der Selbstbestimmung.

Dr. August Müller



## Einleitung.

Wenn die internationale Erörterung die deutschen Ostgrenzen kritisiert, so geschieht dies überwiegend in folgendem Sinne: Man erkennt, daß der Korridor und die Teilung Oberschlesiens einer Entspannung Europas im Wege stehen, weil Deutschland sich nie mit Fehlsprüchen werde abfinden können, die als solche inzwischen sogar von ehemaligen Kriegsgegnern öffentlich anerkannt wurden.

Diese Betrachtungsweise geht also von Deutschland aus; sie verurteilt die neuen Linien auf der Karte des Ostens, weil sie in Deutschland, dessen staatlicher, nationaler und wirtschaftlicher Organismus dadurch verletzt würde, einen dauernden Spannungszustand erhalten müßten. Vorgänge, die sich jenseits dieser Grenzen abspielen, und welche den dort verbliebenen deutschen Volksteil betreffen, kämen als ständig erneuerte Aufreizung hinzu. Die Folge sei, daß die politische Beruhigung Europas und der nur durch internationale Solidarität mögliche Wiederaufbau einer kontinentalen Friedenswirtschaft auf die deutschen Ostgrenzen als auf ihr härtestes Hindernis stoßen.

Diese Art der Betrachtung des Ostproblems könnte man die grundlegende nennen. Sie ist auch, wie erwähnt, die am meisten verbreitete. Daneben aber entbehrt es zweifellos nicht des Interesses, dem gleichen Problem auch von der andern Seite nachzugehen, gewissermaßen die Gegenprobe zu machen. Fragt man gewöhnlich: Wie hat die Abtrennung Westpreußens, wie hat die Teilung Oberschlesiens auf Deutschland gewirkt? — so hat es mindestens den Wert einer Ergänzung, wenn man einmal die Frage aufwirft: Welche Wirkung rief dieser Wechsel des Länderbesitzes in Polen hervor?

Die letzterwähnte Fragestellung ist diejenige der vorliegenden Veröffentlichung. Hat denn nun wenigstens der Deutschland auferlegte Verlust an Land und Volksgenossen die Gegenpartei befriedigt? Ist Polen beruhigt? Ist Polen saturiert? Diese bisher wenig beachtete Reverseite des bekannten Ostgrenzenproblems sollte hier einmal untersucht werden.

Freilich, auch bei dieser Präzisierung der Frage — wo wäre man hingeraten, wenn man sie ins Weite und Große hätte verfolgen wollen. Eine Umschau in der polnischen Tagespresse und in der polnischen Zeitschriftenliteratur bewies, daß, wer über die Rückwirkung der westlichen Annexionen in der polnischen Öffentlichkeit berichten wollte, einem „embarras de richesse“ an Zeugnissen gegenüberstand, an Zeugnissen für diejenige Auffassung, die den charakteristischen polnischen Beitrag zur Grenzenfrage darstellt. Ein gerechtes Abwägen dieser vielen Einzelstimmen war schwierig; in kurzen Artikeln kommen deren Verfasser selber weniger zu ihrem Recht, da sie die Voraussetzungen ihrer Urteile nicht gründlicher entwickeln können; schließlich war auch daran zu denken, daß diese für den Tag geschriebenen Äußerungen, sofern sie wichtig waren, ja ebenfalls bereits in der Tagespresse, und zwar des Auslandes, ihr Echo gefunden haben mochten.

Infolgedessen schien es zweckmäßig, sich an Buchveröffentlichungen zu halten und sich auf diese zu beschränken. Es hat dieses eben vor allem, wie schon erwähnt, den Vorteil, daß in einem längeren Abschnitt der angeführte Autor seine Ansichten breiter ausführen und in ihren Zusammenhängen entwickeln kann, der deutsche oder sonstige westliche Leser aber erfährt dadurch genauer, wie sich in den Köpfen maßgeblicher polnischer Politiker und Publizisten die Gegenwarts-geschichte spiegelt.

Daß nur maßgebliche Autoren interessieren konnten, versteht sich von selbst. Um irgendwelche Dutzendbroschüren hat sich der Herausgeber nicht gekümmert. Aber wenn im Falle Bukowieckis der hochangesehene langjährige Chef der Staatsprokuratur, wenn im Falle St. Grabskis einer der einfluß-

reichsten Parteiführer, mehrmaliger Minister, zuletzt Vizepremier, das Wort nimmt, wenn im Falle St. Srokowski ein auf wichtigen Außenposten tätig gewesener polnischer Generalkonsul sich äußert, so schien die Wahl ihrer Kundgebungen gut begründet, ihnen ließ sich auch repräsentativer Wert zusprechen. Mehr Zurückhaltung empfahl sich gegenüber der Consulibus-Schrift, obgleich sie von allen benutzten am umfangreichsten ist und sich zum mindesten den Anschein gibt, als hätten dem Verfasser nur aus amtlicher Quelle zu erlangende Informationen zu Gebote gestanden. Da sie aber anonym erschienen ist, wurde sie in unserer Zusammenstellung an die letzte Stelle verwiesen.

Dem Thema entsprechend wurden in den Schriften der erwähnten Autoren nur diejenigen Abschnitte berücksichtigt, die sich auf die deutschen Ostmarken, von Polen aus gesehen also auf die polnischen Westgrenzen bezogen. Wiederholungen waren dabei unvermeidlich, doch wurde nach Möglichkeit versucht, vor allem das für den betreffenden Autor Spezifische zur Wiedergabe zu bringen. Da auf diese Weise auch Stimmen aus verschiedenen Lagern gehört werden, so wird die Denkweise weiter polnischer Kreise in ziemlich umfassender Weise durch die angeführten Zeugnisse charakterisiert.

Dem für Ostfragen interessierten Leser dürfte diese Zusammenstellung, so hoffen wir, nicht ohne Nutzen erscheinen; zumal der Versuch dessen, was wir oben die Gegenprobe nannten, vielen schon aus sprachlichen Gründen bisher nicht möglich war. Erfreuliche Eindrücke bringt sie ja nun freilich nicht. Worauf das „Quod erat demonstrandum“ der polnischen Autoren durchweg hinausläuft, kündigt ja bereits der Titel unseres Buches an. Aber auch wie die Expansionsziele Polens begründet werden, muß vielfach eigenartig anmuten. Es konnte daher wohl die Frage entstehen: Sollen diese Ergebnisse einer kleinen Forschungsreise in die polnische Publizistik überhaupt mitgeteilt werden?

Aber diese Frage ist zu bejahen. Welche außenpolitischen Ziele einem Achtzehnmillionenvolk von seinen führenden

Publizisten vorgezeichnet werden, ist auch außerhalb der eigenen Staatsgrenzen dieses Volkes wissenswert. Insofern aber die besprochenen polnischen Autoren Angriffe oder, wie in einigen Fällen, sogar Verunglimpfungen ihres westlichen Nachbarn für ihre Argumentation benutzen, so scheint noch immer vorbildlich, wie Friedrich der Große bekanntermaßen verfuhr. „Hängt's doch niedriger,“ sagte er, als er eine gegen ihn gerichtete Schmähchrift angeschlagen sah, „damit's die Leute besser lesen können.“

Demgemäß hat es denn auch der Herausgeber nirgends nötig gefunden, auf Schärfen der von ihm angeführten Schriften selbst scharf zu erwidern. Der Zweck der vorstehenden Veröffentlichung ist ja nicht Polemik, sondern Information. Insoweit zwischen die ausführlich wiedergegebenen Zitate Berichtigungen eingeschaltet wurden, war er daher bemüht, immer sachlich zu bleiben, auch wenn es manchmal nicht gerade erleichtert worden war.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse unserer politisch-publizistischen Blütenlese wird im Vorwort gegeben.

\*



## Bukowiecki über Polens Aufgaben in Ostpreußen.

Von allen hier zu besprechenden polnischen Publizisten wird der Name von Stanislaw Bukowiecki in seinem Vaterlande mit der größten Achtung genannt. In dem neuerstandenen Staat war ein rascher Wechsel der leitenden Beamten in allen Ressorts an der Tagesordnung. Bukowiecki, 1919 auf den Posten des Generalstaatsanwalts berufen, bekleidet auch noch heute dieses einflußreiche Amt. Als Rechtskenner, als Organisator, als Charakter ist er gleichermaßen geschätzt.

Von Hause aus Rechtsanwalt, beschäftigte sich B. bereits zur Zeit der russischen Herrschaft, außer mit juristischen Fachstudien, mit politischer Publizistik. Seine im nachstehenden besprochene Broschüre ist also nicht sein erster Beitrag zur polnischen politischen Literatur. Aber sie dürfte der wichtigste sein. Den unmittelbaren Anlaß zu ihrer Veröffentlichung scheinen die letzten Parlamentswahlen geboten zu haben, anlässlich deren B. mit einem ausführlichen Gesamtprogramm der polnischen inneren und äußeren Politik hervortrat. Die erwähnte Broschüre enthält dieses Programm, und sie fand um so mehr Beachtung, da eine solche Synthese der Gegenwartsprobleme des neuen Staats noch nicht versucht worden war.

Gemäß dem Thema unserer Veröffentlichung werden im nachstehenden nur diejenigen Ausführungen B.s eingehender wiedergegeben und besprochen, die sein Credo über Polens Expansionsziele enthalten. In den Gesamtrahmen der Schrift „Polityka Polski Niepodległej. Szkic programu“ (Die Politik des unabhängigen Polen. Skizze zu einem Programm), Warschau 1922, ordnen sie sich folgendermaßen ein:

B. ist unter den polnischen Publizisten gewiß nicht zu den national Extremen zu rechnen, eher zu den Gemäßigten. Er will sich auch selber so beurteilt wissen und verwirft grundsätzlich die Doktrin der führenden nationalistischen Partei, der Nationaldemokratie (S. 37). Aber B.s eigene Denkungsweise ist zwiespältig. Der unten ausführlicher behandelte Abschnitt (das Kapitel 6 der Schrift) wird das an und für sich deutlich zeigen. Dieser Abschnitt ist jedoch typisch für unsern Autor. Einige Beispiele aus andern Kapiteln! B. tadelt, wie gesagt, die Ansichten der Nationaldemokratie, und er stellt ihrer Lehrmeinung des nationalen Egoismus die Staatsgesinnung entgegen. Auf der „Staatsräson“ baut B. auf; in ihr sieht er das höchste Gesetz des politischen Handelns für sein Volk (S. 11 f.). Aber wo bleibt dieses Prinzip, wo bleibt B.s Absage an den „nationalen Egoismus“, wenn er Seite 14 ausführt, im polnischen Staat, der bekanntlich zu vier Zehnteln von Nichtpolen bevölkert ist, sei nur die polnische Nation „der Herr im Hause“? Und zwar „bis zu einem solchen Grade, daß sie mit den Worten Ludwigs XIV. sprechen dürfte: ‚Der Staat bin ich.‘“ Ein anderes Beispiel: Kapitel 2 feiert den Völkerbund, Kapitel 3 preist die zunehmende Macht der Rechtsideen im Staatenleben überhaupt, Kapitel 4 behandelt Polens friedenspolitische Mission. Aber zu welchen Schlüssen führt dieses letztgenannte Kapitel? Zu jenem Grundsatz, den noch alle Militaristen verkündet haben: *Si vis pacem, para bellum* (S. 51), und zur energischen Forderung einer nicht nur qualitativ hochstehenden, sondern auch zahlreichen Armee (S. 55). Der politische Kurs muß zwar friedliebend sein, meint B. (Kapitel 4, *passim*), aber „die Nation doch von militärischem Geiste beseelt, das Volk — die Armee, die Armee — das Volk“ (S. 57).

So schwankt B.s Wage. Und zwar zeigt sich das genau ebenso in der Frage der Minderheitenpolitik im allgemeinen (Kap. 8), bezüglich der Stellung Ostgaliziens im besonderen (Kap. 9), bezüglich der nichtkatholischen Konfessionen (Kap. 10), bezüglich der Judenfrage usw. B. will sich eben zwar überall

grundsätzlich vom nationalistischen Extremismus unterscheiden, aber sobald er dann die Probleme konkret anfaßt, macht er ihm doch weitgehende Zugeständnisse. Im Interesse der Verständigung der Völker Europas ist das bedauerlich, ja tragisch. Andererseits verdient gerade B.s Schrift ernste Beachtung, denn sie spiegelt in sonst nicht leicht zu findender Vollständigkeit die nationale Ideologie eines sehr zahlreichen, an sich von der Verständigungspolitik gern vornehmlich in Anspruch genommenen Lagers, nämlich der polnischen Linksparteien, wider. Bei ihnen finden wir ganz die gleiche Einstellung.

Auch von dem im nachstehenden genauer behandelten Abschnitte läßt sich dieses sagen. Dem Thema unserer Abhandlung gemäß ist er deswegen gewählt, weil er diejenigen Ausdehnungsziele Polens nach Westen bespricht, welche die von B. vertretene ideologische Richtung als solche hinstellt. Zu ihrem Verständnis ist noch folgendes zu bemerken.

In vorausgegangenen Ausführungen hatte B. wiederholt und ausführlich davon gesprochen, daß für Polen seine geographische Lage zwischen Deutschland und Rußland, die B. für sehr bedrohlich hält, den Angelpunkt der polnischen auswärtigen Politik bedeuten müsse. „Will man von einer geographischen Lage sagen, sie sei absolut schlecht,“ meint B., „so trifft dieses auf die Lage Polens (zwischen Deutschland und Rußland) zu.“ (S. 58.) Im fünften Kapitel erörtert B. u. a., ob dieser Umstand vielleicht dadurch zu bessern wäre, daß Polen sich, sei es auf Deutschland (S. 63), sei es auf Rußland (S. 64f.), stütze. Aber er lehnt beides als unausführbar ab. Im sechsten Kapitel, überschrieben „Polen und Deutschland. Ostpreußen“, entwickelt alsdann B. seine Ansicht, welche hingegen nun seiner Meinung nach die dem deutschen Nachbarn gegenüber tatsächlich empfehlenswerte politische Verfahrensweise wäre. B. schreibt (S. 76f.):

„Schon wiederholt wies ich auf die Gefahr hin, die Polen von Deutschland und Rußland droht; im vorigen Abschnitt war die Rede von der Unmöglichkeit, daß Polen sich auf eine dieser



Mächte stütze. Die erwähnten Bemerkungen erschöpfen jedoch nicht die Frage des politischen Verhältnisses Polens zu seinen mächtigen Nachbarn, daher möchte ich dieses Verhältnis noch im weiteren, wenn auch nur in allgemeinen Zügen, untersuchen. Wie schon erwähnt, stellt sich besonders hoffnungslos das deutsch-polnische Verhältnis dar. Polen erhielt von Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages das, was ihm mit Recht zukam, ja eher weniger als das, da jenseits unserer westlichen Grenze ein großer Teil Oberschlesiens mit einer überwiegend polnischen Bevölkerung verblieb, da innerhalb der Grenzen Ostpreußens Ermland und Masuren liegen, mit ihrer gemischten, größtenteils aber mit einer überwiegend polnischen Bevölkerung, und da sich außerhalb der Grenzen Polens die Mündung der Weichsel und Danzig befinden, diese natürliche Verbindung unseres Landes mit dem Meer. Dessenungeachtet betrachtet man in Deutschland den Verlust derjenigen Gebiete, die Polen erhalten hat, als ein schweres Unrecht und wird nach Kräften danach streben, sie zurückzuerlangen. Das Recht in diesem jahrhundertealten Streit ist, objektiv betrachtet, unzweifelhaft auf Seiten Polens; dieses ist übrigens in aller Form durch die Anerkennung der überwältigenden Mehrheit der Welt bestätigt worden, deren Vertreter gerade deswegen in Versailles Pommern, Großpolen (das heißt Posen. D. Hg.) und Schlesien an Polen gaben, weil sie diese Gebiete für unser rechtmäßiges Eigentum ansahen. Aber selbst wenn diese formelle Anerkennung nicht stattgefunden hätte, so würde doch ein noch wichtigerer Umstand bestehen bleiben, nämlich die Tatsache, daß jene Gebiete von einer Bevölkerung bewohnt sind, die nicht nur sprachlich, sondern auch national polnisch ist. Indem wir dieses unser gutes Recht feststellen, vermögen wir es andererseits den Deutschen nicht zu verübeln, daß sie von ihrem subjektiven Standpunkt, der in politischen Gefühlen und Bestrebungen eine so große Rolle spielt, den Verlust der erwähnten Gebiete schmerzlich empfinden. Vor allem haben sie ja diese Gebiete während langer Jahre besessen, ein solches Volk aber hat es wohl noch nicht gegeben, das sich leicht in den Verlust einmal besserer Gebiete gefunden hätte, mochte es auch zu diesem Besitz nicht eigentlich befugt gewesen sein. Außerdem war die deutsche Herrschaft nicht nur eine rein äußerliche, wie zum Beispiel das russische Regime in Kongreß-Polen. Die Deutschen als Volks-



stamm hatten sich auf diesem Territorium schon seit sehr alten Zeiten, schon lange vor den Teilungen Polens, angesiedelt. Hernach entwickelten sie ihre Kolonisation sowohl auf natürliche Weise wie durch Zwangsmittel und wurden in so weitgehendem Maße bodenständig, daß ganze Bezirke dieses Gebietes, besonders aber die größeren und kleineren Städte, einen ausgesprochen deutschen Charakter annahmen. Die Deutschen unterschieden sich als Besitzer polnischer Gebiete auch in der Hinsicht von Rußland und Österreich, daß sie das eroberte Gebiet nicht als ein Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung betrachteten, sondern in ihm eine rationelle Verwaltung einführten, die für das besetzte Gebiet von Vorteil war, wie sie denn überhaupt das Land kulturell in jeder Hinsicht zu heben verstanden. Diese Kultur hatte zwar einen ausgesprochen deutschen Charakter; ihre Einführung war, insoweit sie die nationale Frage betraf, mit Gewalt und Unterdrückung verbunden, in wirtschaftlicher Hinsicht, hinsichtlich des sozialen Niveaus und des Standes der Zivilisation wurde das Land jedoch gehoben. Diese Tatsache ist offenbar, und sie tritt gegenwärtig sehr deutlich hervor, wenn man das ehemals preussische Teilgebiet mit dem übrigen Polen vergleicht, wenn man die Verkehrswege, den Stand der Landwirtschaft, der Volksbildung, der Ordnung in den Städten, der Einrichtungen gesellschaftlicher Selbsthilfe, des Genossenschaftswesens usw. diesselts und jenseits der Prosna vergleicht. Diese Tatsache zu leugnen, wäre einer ernstesten politischen Publizistik nicht würdig; aus der Anerkennung dieser Tatsache sind jedoch keinerlei Folgerungen zu ziehen. Denn diese Tatsache widerlegt nicht ein anderes Faktum, das hier als wichtigster Umstand zu gelten hat, jenes Faktum nämlich, daß dieses Land polnisch ist, und daß selbst die intensive deutsche Arbeit, die darin investiert wurde, seinen Besitz nicht legitimieren konnte, da sie die Arbeit eines unberechtigten Besitzers war.“

Beim Lesen der obigen Ausführungen B.s wird man vielleicht schon daran erinnert worden sein, was in den Einleitungsworten über die Zwiespältigkeit der B.schen Denkungsweise gesagt war. Ein Streben nach objektiver Würdigung auch des Gegners ist bei B. unverkennbar. Aber andererseits unterlaufen ihm dann wieder solche glatt tatsachenwidrige Behauptungen,

wie diejenigen über die überwiegende polnische Bevölkerung West-Oberschlesiens, wie diejenige, welche die Masuren kurzerhand den Polen gleichsetzt, oder derart floskelhafte Argumente wie jenes, daß eine Grenzfestsetzung, weil sie sich im Versailler Vertrag findet, die „überwältigende Mehrheit der Welt“ für sich gehabt habe. B. fährt folgendermaßen fort (S. 78):

„Außer den obigen allgemeinen Motiven zu einer Gereiztheit auf deutscher Seite infolge des Verlustes polnischer Gebiete treten noch besondere Momente hervor, welche diese Gebiete im einzelnen betreffen. So war die Provinz Posen für Deutschland von Wert, angesichts ihrer geographischen Lage, ihrer unmittelbaren Nachbarschaft mit der Provinz Brandenburg und der Hauptstadt des Reiches, die im Falle eines Konflikts alsbald ernstlich bedroht sein könnte. Der Polen zugewiesene Teil Schlesiens enthält ungeheure Naturschätze an Kohle, Zink und Eisen, ferner eine entwickelte verarbeitende Industrie, so daß der Verlust dieses räumlich nicht großen Gebietes doch eine schwere wirtschaftliche Einbuße bedeutet. Am empfindlichsten ist für Deutschland jedoch der Verlust Pommerellens, hauptsächlich seines nördlichen Teiles, des sogenannten Danziger Korridors, der Ostpreußen territorial vom übrigen Staate trennt. Der Danziger Korridor, einerseits ein Stein des Anstoßes für die Deutschen, stellt freilich andererseits für uns Polen etwas vollkommen Unzureichendes dar, etwas, das uns einen wirklich sicheren und ständigen Zugang zum Meere nicht garantiert. Den Deutschen steht es frei, die Beseitigung dieses Korridors zu erstreben, aber auch uns steht es frei, daß wir seine Erweiterung erstreben. Schon allein die Tatsache, daß der untere Lauf der Weichsel sich nicht ausschließlich in unserem Besitz befindet, da ihr östliches Ufer zu Deutschland gehört, daß ferner die Freie Stadt Danzig in erheblicher Ausdehnung unmittelbar an Deutschland grenzt, ist für Polen ungünstig, im Falle kriegereischer Verwicklungen aber gefährlich.“

Nunmehr kommt B. auf den Hauptpunkt seiner Ausführungen, auf Ostpreußen, zu sprechen (S. 79):

„Und Ostpreußen, das eine so zentrale Lage im nördlichen Teil des Gebietes Polens einnimmt — stellt es nicht für uns eine ewige Bedrohung dar? Ist eine wirkliche Verbindung mit dem Meere

und damit die erforderliche Entwicklung unserer Schifffahrt und unseres Handels mit der Zugehörigkeit dieses Landes zu Deutschland vereinbar?

Man kann sich zur Gestaltung der Grenzen des heutigen Polen kritisch verhalten, man kann insbesondere den Verlust des Karwiner Kohlenbeckens, den Verlust von Gleiwitz und Beuthen bedauern, aber diese Grenzen entsprechen im allgemeinen unseren Interessen und stellen für Polen keine Bedrohung dar. Anders steht es mit Ostpreußen. Hier liegt eine für den polnischen Organismus besonders schmerzliche, gleichzeitig besonders wichtige Stelle. Ostpreußen dringt in das Gebiet der Republik Polen bis zu erheblicher Tiefe ein; seine Grenzlinie von Dirschau über Soldau bis Suwalki ist sehr lang; es trennt uns von Litauen, es unterbindet unseren Zugang zum Meere auf der mittleren und östlichen Linie, im besonderen aber für den Nordosten unseres Staates, und zwingt diese Teile unseres Staatsgebietes, eine Verbindung mit der See auf sehr weitem Umwege zu suchen. Einer der größten historischen Fehler unserer Vorfahren, den sie zu einer Zeit begingen, als der polnische Staat sich auf der Höhe seiner Macht befand, war daher ohne Zweifel ihre Zustimmung zur Schaffung des Herzogtums Preußen und seine Auslieferung an die Hohenzollern. Daß nach dem letzten Kriege Preußen (Gemeint ist, wie aus dem Zusammenhang hervorgeht: Ostpreußen. Vom 16. bis 18. Jahrhundert nannte man in Polen das heutige Ostpreußen: Herzogtum Preußen. D. Hg.) im Bestand des Deutschen Reiches verblieb, läßt sich nicht als unsere Schuld bezeichnen, denn das hing nicht von uns ab, aber jedenfalls stellt diese Tatsache den für uns bedenklichsten Punkt des Friedensvertrages dar. Die polnische öffentliche Meinung hat sich zwar von dieser Angelegenheit nur wenig berühren lassen. Lebhaft mit anderen politischen Fragen beschäftigt, wandte sie ihr Interesse der preußischen (d. h. ostpreußischen. D. Hg.) Frage nicht zu und übte daher auch keinen entsprechenden Druck auf unsere Vertreter auf der Friedenskonferenz aus; übrigens hätten ein solcher Druck und eine eventuelle Aktion der erwähnten Vertreter auch ziemlich sicher keinen Erfolg gehabt. Die Unterstellung Ermlands und Masurens unter die Entscheidung durch ein Plebiszit war gleichbedeutend mit dem Verlust dieser Gebiete für Polen, da angesichts ihrer ganzen Vergangenheit man sich

über das Ergebnis der Abstimmung keinerlei Täuschungen hingeben konnte.

Das Herzogtum Preußen aus dem deutschen Staatsverbände herauszulösen hätte keine Vergewaltigung des nationalen Prinzips dargestellt, denn erhebliche Teile dieser Provinz im Westen, Süden und Südosten stellen ein ethnographisches Gebiet dar, das teilweise, in einigen masurischen Kreisen aber sogar überwiegend, polnisch ist; der Nordosten aber, die Landschaft am Unterlauf der Memel mit Tilsit und der Stadt Memel, ist von Litauern besiedelt. Eigentlich nur Königsberg und Umgegend sind ein rein ethnographisch deutscher Bezirk, und dieses Territorium hätte man ungefähr in der gleichen Weise aussondern können, wie es mit den Freien Städten Danzig und Memel geschehen ist. Man hätte auch Königsberg mit dem litauischen Staat verbinden können, wenn dieser das Gebiet des ehemaligen Großherzogtums Litauen umfaßt hätte; ein solcher Staat hätte sich von Königsberg bis zum Dnjepr und zur Düna erstreckt und hätte einen national indifferenten Charakter gehabt, denn das Gebiet wäre von polnischer, deutscher, litauischer und weißrussischer Bevölkerung besiedelt gewesen. Ein solcher Staat hätte sich unter dem übermächtigen Einfluß der Polen befunden als eines zahlreichen, kulturell und wirtschaftlich hochstehenden Teiles der Bevölkerung, und er hätte sich daher notwendig in einem dauernden Verbands mit Polen befunden. Ohne den polnischen Staat und sein Parlament mit einer großen Masse fremdstämmiger Bevölkerung zu belasten, hätte ein solcher litauischer Staat einen hervorragenden Faktor zur Ausdehnung des Einflusses des Polentums und zur Hebung der Macht Polens dargestellt. Wären in diesen politischen Organismus der deutsche und der litauische Teil Ostpreußens eingegliedert worden, so wäre das für die Republik Polen besonders vorteilhaft gewesen. Wenn die Deutschen Königsbergs weite Perspektiven für ihre wirtschaftlichen und kulturellen Einflüsse im Osten vor sich gehabt hätten, so hätten sie gewiß aufgehört, zum Deutschen Reiche zu tendieren. Unser Pommerellen, das sich auf Ermland und Masuren stützen könnte, aber hätte aufgehört, ein enger Korridor inmitten eines feindlichen, fremden Staates zu sein, und wäre eine normale See-  
provinz Polens. Wären aber die ostpreußischen Deutschen im Laufe der Zeit in ihren Aspirationen und Bestrebungen mit ihrem



neuen Vaterlande in ähnlicher Weise verwachsen wie seinerzeit ihre kurländischen und livländischen Nachbarn mit Rußland, so wäre erst ein Schwächerwerden, schließlich aber gar ein Verschwinden des Dranges des Deutschen Reiches nach einer Verbindung mit dem abgetrennten Teilgebiet zu erwarten gewesen, ja vielleicht überhaupt jenes antipolnischen Dranges, der für uns ein so schwerer Alpdruck ist.“

Die obigen Ausführungen legen dar, was hätte sein können. Man täte also dem Autor Unrecht, wenn man ihn so auslegen und ihn etwa so hätte übersetzen wollen — die polnische Syntax ist in dieser Hinsicht nicht eindeutig —, als empfähle B. jene Aufteilung Ostpreußens auch heute noch. Nein, das tut er nicht. Der erste Satz seines nächsten Abschnittes (siehe unten!) stellt das ganz außer Zweifel.

Andererseits wird sich freilich nicht verkennen lassen, daß in politischen Fragen Retrospektive und Perspektive oft eng miteinander zusammenhängen. Was B. Grund gibt, ein Versäumnis zu bedauern, wird ein Großteil seiner polnischen Leser als Argument auffassen, welches dafür spräche, das Versäumte demnächst nachzuholen. Inwieweit B. dies im übrigen selber tut, wird sich im weiteren zeigen.

Infolge dieses erwähnten Zusammenhangs zwischen bedauerndem Rückblick und empfehlendem Ausblick muß aber auch schon an dieser Stelle hervorgehoben werden, wie haltlos die Grundlagen sind, von denen B. ausgeht. Sagt er nicht einige Sätze zuvor, daß ein Plebiszit selbst in den ethnographisch Polen noch am nächsten stehenden Teilen Ostpreußens gegen Polen ausfallen mußte? (Im Juni 1920 hat sich Süd-Ostpreußen, um das es sich handelt, mit 97<sup>1</sup>/<sub>2</sub> v. H. (!) aller Stimmen ja auch tatsächlich für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen.) Aber wenige Sätze weiter spielt diese Erfahrung schon gar keine Rolle mehr. Ja, B. scheint es denkbar, „die Deutschen Königsbergs“ könnten aus Rücksichten ihres Geschäftsvorteils, den man in Königsberg zudem vielleicht anders als unser Autor beurteilt, sich einem Mischgebiet, besiedelt von Ostvölkern, unter litauischer staatlicher und

polnischer kultureller Vorherrschaft bereitwillig eingliedern lassen! Das erwartet B. von Ostpreußen, das in den Befreiungskriegen 1813 allen andern deutschen Landschaften vorausging! Das meint er Königsberg zumuten zu dürfen, das eine seit Kant weltberühmte deutsche Universität beherbergt! Von hundert andern Argumenten zu schweigen!

„Aber alles dieses ist nicht geschehen und kann nun gewiß nicht mehr geschehen, also braucht man sich bei dieser nicht realisierbaren Konzeption, mag sie auch noch so verlockend sein, nicht länger aufzuhalten. So, wie die Dinge liegen, müssen wir mit der Tatsache rechnen, daß das Streben Deutschlands zur Vereinigung mit Ostpreußen gewissermaßen eine geschichtliche Notwendigkeit darstellt, der Polen sich mit aller Energie entgegenstellen muß, da eine solche Vereinigung unsere ganze politische Stellung untergraben würde, und unsere Gegenwirkung gegen dieses Streben muß unsererseits in unserem Drang nach Osten bestehen. Wenn ich von einem solchen Drang spreche, so denke ich keineswegs an eine konkrete aggressive Politik, die sich ja auch im Widerspruch mit unseren allgemeinen ausgesprochen friedlichen Tendenzen befinden würde. Aber ein größerer Staat, der sich in der Lage Polens befindet, hat gewisse Entwicklungstendenzen, die, auch wenn sie nicht in einer konkreten politischen Aktion ihren Exponenten finden, dennoch ein grundsätzliches Ziel darstellen, welches auf eine Gelegenheit zur Verwirklichung durch ganze Menschenalter hindurch warten kann, das aber ständig bei verschiedenen politischen und wirtschaftspolitischen Aktionen innerhalb des Gesichtskreises bleibt. Polen zum Beispiel könnte seine Aspirationen hauptsächlich auf den Osten richten, auf die Ukraine oder Weißrußland, oder es könnte eben nach Norden, auf Ostpreußen, einzuwirken versuchen, um bei sich bietender Gelegenheit der einen oder der anderen Richtung zu folgen. Damit nun die Ausdehnung nach Norden in Wahrheit ein reales Streben darstelle, muß freilich eine große Arbeit ganzer Generationen geleistet werden, denn ungeheure Kräfte setzen sich dawider. In erster Reihe die ganze Macht des Deutschen Reiches, die der Macht Polens bedeutend überlegen ist, ferner der Wille der Bevölkerung Ostpreußens, und zwar der gesamten Bevölkerung, denn wie das Plebiszit gezeigt hat, wünscht auch die

erhebliche Mehrheit der dort wohnenden Polen unter der deutschen Herrschaft zu bleiben, schließlich der Wille der Großmächte als der Garanten der politischen Zustände, wie sie der Versailler Vertrag geschaffen hat. In unserer demokratischen Epoche ist der wichtigste unter den erwähnten Faktoren der zweite, d. h. der Wille der ortsansässigen Bevölkerung. Die große historische Aufgabe des polnischen Staates und der polnischen Volksgemeinschaft wird es daher sein, auf diesen Willen einzuwirken und stufenweise solche Bedingungen zu schaffen, deren Folge eine allseitige Annäherung Ostpreußens und Polens sein würde. Sie müssen auf der Linie dieser Annäherung bei der Bevölkerung Ostpreußens ein tieferes Interesse an Polen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, dann aber auch in politischer, zu wecken verstehen.

Unser Verbündeter bei einer solchen Aktion ist die geographische Lage Ostpreußens zu Polen einerseits, zu Deutschland andererseits, eine Lage, aus der sich das beiderseitige Bedürfnis nach engem wirtschaftlichen Zusammengehen Ostpreußens und Polens ergibt. Ostpreußen ist nicht nur das natürliche Bindeglied für den ganzen östlichen Teil des polnischen Staates mit dem Meere, sondern ebenso auch für das Zentrum des polnischen Staates; für Warschau zum Beispiel ist der nächste Seehafen nicht Danzig, sondern Elbing. Bei solcher Sachlage kann eine Annäherung Ostpreußens an Polen das erstere zum Handelsvermittler zwischen unserem Staate und den überseeischen Ländern machen, was Ostpreußen bedeutende Gewinne sichern und es zu wirtschaftlicher Blüte führen würde. Die wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland dagegen und eine völlige Trennung von Polen kann der Provinz keinerlei Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung eröffnen. Eine entsprechende Handels-, Zoll- und Verkehrspolitik wäre ein Mittel, das die wirtschaftliche Annäherung herbeiführen würde. Einen großen Einfluß auf die Entwicklung dieser Dinge muß die Gestaltung unseres Verhältnisses zu Danzig ausüben. Sofern diese Stadt sich tatsächlich infolge der Annäherung an Polen wirtschaftlich entwickelt, sofern auch in politischer Hinsicht der gegenwärtige Antagonismus beiderseitiger Verträglichkeit den Platz räumt und es sich erweist, daß Danzig bei seiner gegenwärtigen Lage gut fährt und damit zufrieden ist, so wird dieses als ein anziehendes

Beispiel auf Königsberg wirken und Strömungen hervorrufen, die einer Annäherung an Polen günstig sind. Ein wichtiger Faktor wird ferner das Verhältnis der Deutschen in Polen zum Staate sein. Eine ständige grundsätzliche Feindseligkeit dieses Verhältnisses würde abstoßend auf alle Versuche, in Ostpreußen polonophile Bestrebungen hervorzurufen, wirken; umgekehrt würde eine tatsächliche Einbürgerung der deutschen Bevölkerung, begleitet von einer Toleranz des polnischen Staates gegenüber der Stammes- und Kultureigenart dieser Bevölkerung, ein Verstandes- und Empfindungsargument bilden, das zugunsten einer Annäherung an Polen spräche.“

B. sagt in vorstehendem unzweifelhaft das Beste, was sich für seine These überhaupt sagen ließ. Gewiß, wenn Polen in Danzig sich eine gute Stellung erworben hätte, wenn die Deutschen in Polen keinen Grund zur Klage fänden, so wäre Polen in der Tat weit besser gerüstet, in einem Nachbargebiet, das ihm verkehrswirtschaftlich so nahe steht wie Ostpreußen, gewisse moralische Eroberungen zu machen. Aber hat Polen eine gute Stellung in Danzig? Wie reagierte eine von Deutschen durchsetzte Westprovinz wie Oberschlesien erst soeben, am Gemeindewahltag vom 14. November, auf die Erfahrungen einer vierjährigen Staatszugehörigkeit zu Polen?

Im übrigen sichert die Verkehrslage Ostpreußens ihm Polen als Hinterland auch ohne staatliche Zusammengehörigkeit.

„Was die polnische Bevölkerung Ostpreußens anbelangt, so braucht man, ungeachtet der ungünstigen Erfahrungen des Plebiszits, die Sache ihrer nationalen Aufklärung nicht endgültig verloren zu geben. Die polnische Regierung muß auf diplomatischem Wege auf jederlei Weise bemüht bleiben, daß der Grundsatz des Schutzes der nationalen Minderheit dort anerkannt und durchgeführt werde; ist dieses geschehen, so entsteht die Möglichkeit, daß Presse, Vereine und Schulen ihre eigentliche aufklärende Tätigkeit beginnen. Ein weiterer wichtiger Faktor zur Gewinnung der ostpreußischen Masuren wäre ein entsprechendes Verhältnis Polens zur evangelischen Kirche. Dieses hätte nicht nur auf völliger formaler Gleichberechtigung zu beruhen, sondern auch darauf, daß diesem Bekenntnis wirkliche Beachtung gezollt wird. Gelingt es uns endlich, unser Land wirt-

schaftlich und kulturell zu leben, im besonderen aber die Ostpreußen benachbarten Kreise, und zwar so, daß die Erzählungen von der schlechten polnischen Wirtschaft durch die Tatsachen widerlegt werden, so wird dieses vorteilhaft und anziehend auf die Annäherung der ostpreußischen Provinz an dasjenige Land einwirken, mit welchem Ostpreußen durch das allerdauerhafteste Band verbunden ist, nämlich durch die unmittelbare territoriale Verbindung. Eben dieses Moment der natürlichen geographischen Lage, das jegliche noch so bedeutsame, aber immer veränderliche politische Konjunkturen überdauert, und welches zugunsten Polens spricht, läßt uns glauben, daß alle Schwierigkeiten vor dem Gebot der natürlichen Entwicklung zurücktreten werden. Wie ersichtlich, handelt es sich hier nicht um die Vorbereitung weder einer militärischen noch einer diplomatischen Aktion, sondern um eine durchaus friedliche Wirksamkeit nicht allein seitens des Staates, sondern auch seitens der Volksgemeinschaft, berechnet auf lange Zeit, systematisch und zielbewußt durchgeführt.“

Beide von B. erwähnten Umstände, die Benachteiligung der evangelischen Kirche in Polen wie auch der Ruf der polnischen Wirtschafts- und Organisationsmängel, sind unzweifelhaft wichtige Faktoren und waren für die masurische Bevölkerung bei ihrer staatlichen Selbstbestimmung 1920 nicht ohne Einfluß. Aber beide Tatsachenkomplexe wirken eben auch weiterhin fort, und zwar im gleichen Sinne wie 1920. Kann B. demgegenüber glauben, daß durch bloße Propagandamittel der „Aufklärung“ ein damals mit so überwältigender Mehrheit abgegebenes Volksurteil künftig in sein Gegenteil verkehrt werden könnte? Eine wirkliche Aufklärung muß ja bei den Tatsachen bleiben, sonst wird sie durch die Tatsachen widerlegt. Und zwar wäre dies in unserem Falle um so eher der Fall, da die Landesgrenze so nahe ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen liefert B. übrigens interessanterweise wieder ein gewisses Gegengewicht gegen seine ostpreußischen Konzeptionen, die ja nicht eben geeignet sind, Polen und Deutschland einander anzunähern. B. schreibt (S. 83 f.):

„Der Frage Ostpreußens habe ich etwas mehr Aufmerksamkeit nicht nur deswegen gewidmet, weil sie mir in unserer öffentlichen Meinung vernachlässigt erscheint, sondern vielmehr wegen ihrer großen wesentlichen Bedeutung. Von der politischen Vereinigung eines Teiles Ostpreußens mit Polen, die natürlich das Ziel unserer letzten Wünsche in dieser Hinsicht darzustellen hat, zu schweigen — allein die Annäherung an die Erweckung eines wirtschaftlichen Interesses, das die für uns so bedrohliche Tendenz zur territorialen Vereinigung Ostpreußens mit Deutschland abschwächt, wäre bereits ein bedeutendes Plus für Polen. Spricht sich aber der Wille der ostpreußischen Bevölkerung für die Annäherung an Polen aus, so ist die Sache überhaupt für uns gewonnen, denn weder der Einspruch Deutschlands noch der Widerstand äußerer Faktoren würde die Verwirklichung dieses Willens zu verhindern imstande sein.

Aus allem Angeführten geht hervor, daß das gegenseitige Verhältnis Polens und Deutschlands noch durch eine recht lange Zeit ein feindliches Verhältnis bleiben wird. Indem man diese Tatsache feststellt und daraus alle politischen Konsequenzen zieht, die das Interesse des polnischen Staates daraus zu ziehen fordert, muß man sich doch andererseits dagegen verwahren, daß der polnisch-deutsche Antagonismus über die rein politischen Fragen hinaus ausgedehnt werde. Dieses wäre ein bedauerlicher Mißgriff. Die durch den Weltkrieg erregten Leidenschaften haben dazu geführt, daß in beiden kämpfenden Lagern die Losung gegenseitigen Boykotts auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiete verkündet wurde. Nachdem der Krieg beendet und die Steigerung der durch ihn veranlaßten feindseligen Empfindungen vorüber ist, verliert diese Losung ihre Voraussetzung; sie würde auch in Polen im Hinblick auf Deutschland nur Schaden verursachen. Wie früher erwähnt, ist der polnisch-deutsche Antagonismus innerhalb der politischen Beziehungen eine so gut wie konstante Kategorie; auf diesem Gebiet ist daher für die Wirkung von Affekten, die kein Faktor einer dauernden Wirkung sein können, nicht Platz. Die Deutschen sind unter allen Völkern mit einer großen Kultur unsere nächsten Nachbarn. In wirtschaftlicher Hinsicht verbanden uns mit ihnen stets zahlreiche Interessen, in Zukunft werden wir deren um so mehr haben, als der Friedensvertrag gewisse besondere Berührungs-

punkte geschaffen hat. Ein solcher Punkt ist der Bergwerks- und Industriebezirk in Oberschlesien, zum mindesten in seiner gegenwärtigen Gestalt, ferner die untere Weichsel und der Danziger Korridor; überdies ist das oben entworfene Programm einer Annäherung mit Ostpreußen nicht denkbar im Falle irgendeines allgemeinen wirtschaftlichen Boykotts gegenüber Deutschland. Die Parole zu einem solchen Boykott ging nicht von Polen, sondern von Deutschland aus, das tatsächlich eine Sperrpolitik in Hinsicht des Handels mit Polen verfolgte, im besonderen in Hinsicht der Ausfuhr seiner Waren nach Polen. Unzweifelhaft verursacht uns diese Politik wirtschaftliche Schäden, doch nicht geringere Schäden bringt sie Deutschland, wovon die dortige öffentliche Meinung sich immer mehr Rechenschaft gibt. Rege wirtschaftliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschland sind eine Notwendigkeit und liegen im Interesse beider Völker. Ebenso wäre es ein Mißgriff von polnischer Seite, kulturelle Beziehungen mit Deutschland zu meiden. Auf dem Gebiet sozialer, wissenschaftlicher und künstlerischer Produktion hat es unser Nachbar zu hochbedeutenden Ergebnissen gebracht; in vielfacher Beziehung, besonders in Fragen der Organisation, steht er an erster Stelle unter den Nationen der Welt. Polen kann von Deutschland sehr viel lernen, und dieser Unterricht ist im Hinblick auf die Nähe hier auf jede Weise leichter zu erlangen als irgendwo. Müßig wäre es, zu fürchten, daß die kulturelle Annäherung gleichzeitig eine unerwünschte Verbindung oder gar eine politische Abhängigkeit hervorrufen könnte. Wie durchaus voneinander geschieden diese Gebiete sind, dafür liefern uns ja die Polen des ehemaligen preußischen Teilgebiets ein lebendes Beispiel. Durch nahezu anderthalb Jahrhunderte lebten sie unter dem alles umfassenden unmittelbaren Einfluß der deutschen Kultur und des deutschen Lebens, unter einem Einfluß, der ohne Zweifel außerordentlich stark auf jenen Teil der polnischen Volksgemeinschaft einwirkte, und der in der Mentalität dieses Volksteiles so charakteristische Spuren zurückgelassen hat. Aber dessen ungeachtet hat sich in jenem Volksteil nicht nur ein Patriotismus besonders antideutscher Färbung erhalten, sondern man könnte fast das Paradox aussprechen, daß dieser Patriotismus proportional mit der kulturellen Germanisierung zunahm. Davon, daß sich die gesamte Bevölkerung Polens einer systematischen

Einwirkung der deutschen Kultur hingeben könnte, ist gegenwärtig vollends nicht die Rede. Es handelt sich nur darum, daß diejenigen einzelnen Persönlichkeiten, die, stets eine geringe Minderheit bildend, zur Erweiterung ihres Wissens dessen Bereicherung an fremden Quellen suchen, sich auch an die deutsche Quelle wenden, die viel zu geben hat und besonders zugänglich ist.“

Damit schließt die Darlegung B.s über Polen, Deutschland und Ostpreußen.

Wenn einleitend die Ansicht geäußert wurde, B. sei „zweispältig“, so dürfte das im obigen wiedergegebene und besprochene Kapitel hierfür den Beleg geliefert haben. Über den hohen Wert, den die kulturelle Nachbarschaft Deutschlands für Polen darstellt und noch mehr darstellen sollte, wird man in der polnischen Publizistik nicht oft so offene und unterschiedene Worte finden. Nur scheint B. dabei sonderbarerweise nicht zu empfinden, wie sehr sein letzter Abschnitt mit den früheren, die Polens Ziele in Ostpreußen propagierten, im Widerspruch steht. Nicht einmal Deutschland, das B. seinem eigenen Vaterlande als kulturellen und organisatorischen Lehrmeister empfiehlt, ist es ja nach B. geglückt, auch nur die Posener Polen zu gewinnen. Und dann soll es Polen, das B. erst bei Deutschland in die Schule schickt, im Ernst gelingen, Ostpreußen zu sich herüberzuziehen?

### St. Grabski über Polens Drang zur Ostsee und zur Oder.

Der Verfasser der zweiten hier zu besprechenden Broschüre, Stanislaw Grabski, ist zum Unterschiede von Bukowiecki in erster Reihe als Politiker bekannt, wenn auch zugleich als akademischer Lehrer nicht ohne Wirkung und Einfluß. Er lehrt, als ordentlicher Professor, an der polnischen Universität in Lemberg Staatswissenschaften. Die weitere Öffentlichkeit aber kennt ihn, wie gesagt, als Politiker, und zwar nur als Politiker. Ursprünglich Sozialist, hat G. seit einem Menschenalter seinen Bund mit der Nationaldemokratie geschlossen.



Diese ist die führende nationalistische Partei in Polen. Seit etwa der Jahrhundertwende hat sie dem öffentlichen Leben in Polen mehr als jede andere Partei ihren Stempel aufgedrückt, mochten auch die gegnerischen Gruppen sie aufs heftigste bekämpfen und zum Beispiel Pilsudski und sein Lager die Nationaldemokratie geradezu als das eigentliche Unheil Polens bezeichnen. Auch im gegenwärtigen Sejm (Abgeordnetenhaus) bilden die Nationaldemokraten die an Zahl stärkste Fraktion (100 von 444). Stanislaw Grabski gehört zu ihren langjährigen Führern. Als Vertreter der Partei war er 1919—22 Vorsitzender der Sejmkommission für Auswärtiges und zweimal, 1923 sowie 1925/26, Unterrichtsminister, zuletzt auch Vize-Premierminister. Als Chefredakteur der Lemberger Zeitung „*Slowo Polskie*“ nimmt er noch gegenwärtig sehr aktiv am politischen Leben teil. (Nicht zu verwechseln ist Stanislaw Grabski übrigens mit seinem Bruder Wladyslaw, der die Zloty-währung in Polen einführte und Dezember 1923 bis November 1925 Ministerpräsident und Finanzminister war.)

Für die vorliegende Zusammenstellung wurde eine Schrift Stanislaw Grabskis von 1923 benutzt. Ihr Titel lautet: „*Uwagi o biezacej historycznej chwili Polski*“, was sich nur etwas frei und etwa folgendermaßen übersetzen läßt: „*Bemerkungen über den gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt in der Entwicklung Polens.*“ Es ist, soviel dem Herausgeber bekannt, die neueste Publikation Grabskis. Auch sie versucht, gleich der früheren Bukowieckischen Arbeit, eine Synthese der inneren, äußeren und Wirtschaftspolitik zu geben.

Wie zu vermuten, findet man somit bei Grabski eine Art Katechismus der nationaldemokratischen praktischen Staatskunde für Polen. Was die frühere „*Gazeta Warszawska*“, die heutige „*Gazeta Poranna Warszawska*“, was der „*Kurjer Poznanski*“ und was andere Blätter der Partei im einzelnen und zu den jeweiligen Tagesfragen darzutun pflegen, ist bei Grabski in ein Ganzes, in ein System gebracht. Wer das Parteiwesen Polens studiert, wird daher ad vocem Nationaldemokratie mit Vorteil zur Grabskischen Darstellung greifen.

Auch was darin zu unserem Spezialthema, zur Frage der polnischen Expansionsziele im Westen, gesagt ist, gibt dasjenige sehr charakteristisch wieder, was zugleich Parteiansicht ist. Und da es sich eben um eine so zahl- und einflußreiche Partei handelt, so gewinnen die betreffenden Ausführungen um so mehr an Gewicht.

Für Grabski versteht es sich von selbst, daß Polen sich ausdehnen muß; es fragt sich für ihn nur: wohin hauptsächlich? Dementsprechend überschreibt er das betreffende Kapitel, das uns hier zu beschäftigen hat (S. 141—151): „Die Richtung der nationalen Expansion.“

Einleitend betont er, daß die gleichen Probleme, die Polens innere Politik in der Vergangenheit, vor Jahrhunderten, zu lösen hatte, sich auch heute wiederholen. Daran anschließend fährt er folgendermaßen fort (S. 142):

„Wenn auf innerstaatlichem Gebiet die Stetigkeit der Geschehnisse Polens trotz großer sozialer Veränderungen, welche die Nation im 19. Jahrhundert durchlebte, so stark hervortritt, um wieviel mehr muß man sie dann in unseren außenpolitischen Problemen beobachten. Ist doch die geographische Lage Polens unverändert, seine Lage an den Grenzscheiden sowohl der westlichen wie der östlichen Kultur.

Während der anderthalb Jahrhunderte unserer Unfreiheit hat sich gewiß vieles rings um Polen gewandelt. Deutschland ist geeint; die habsburgische Monarchie ist verschwunden; die Türkei wurde aus Europa verdrängt; es erstanden neue Staaten wie: Jugoslawien, Bulgarien, die Tschechoslowakei, Großrumänien, Lettland, Estland usw.; in Rußland kam der Bolschewismus zur Herrschaft.

Das deutsche Expansionsstreben Polen gegenüber ist indessen auch heute dasselbe wie während des ganzen Geschichtsablaufs seit dem zehnten Jahrhundert.

Die ostpreußische Frage hat heute dieselbe Bedeutung wie zu Zeiten Kasimir Jagiello; Polens Ostgrenzen sind ebenso dauernd in Unruhe wie im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert; die Freundschaft Rumäniens ist uns heute genau so notwendig wie einst der Friede von walachischer Seite...

Vor allem aber besteht für die Machtpolitik Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastete, nämlich die Frage: Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meer?

Seit nach dem Mongoleneinfall die Gebiete zwischen Dnjepr und Wolga vereinigt wurden, haben wir allzu große Mächte zu Nachbarn, als daß uns eine dauernde Expansion gleichzeitig in beiden Richtungen gestattet wäre.

Nur um die Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts, nach dem Zerfall der mongolischen Macht, und als Moskau die Erbschaft der ‚Goldenen Horde‘ noch nicht vollends angetreten hatte, war es dem mit Litauen vereinigten Polen unter gleichzeitigen siegreichen Kämpfen gegen den Deutschen Ritterorden möglich, seine Grenzen auch nach Osten bedeutend zu erweitern.

Indes hat die übermäßige Inanspruchnahme der Kräfte Polens bei der Besiedelung der „wilden Steppen“ die Liquidierung der deutschen Herrschaft in West- und Ostpreußen auf halbem Wege aufgehalten. Wir erhielten nicht die ganze Meeresküste; das Herzogtum Preußen (das heißt Ostpreußen. D. Hg.) blieb uns vorenthalten, ja Polen willigte in die Vereinigung Ostpreußens mit Brandenburg.

Auch heute zwar durchlebt Rußland eine Periode innerer Ohnmacht, das besiegte Deutschland aber mußte uns Posen, Westpreußen und das oberschlesische Industriegebiet zurückgeben. Der polnischen Expansion stehen daher auch heute die Wege sowohl nach Norden wie nach Südosten offen.

Doch schon seit der Konferenz von Genua ist Rußland nicht mehr bloß Objekt der internationalen Politik, es beginnt einer ihrer aktiven Faktoren zu werden, ein zwar rechtlich noch nicht durchweg anerkannter, aber doch faktisch beachteter Faktor, und das insbesondere seit dem Siege Kemal Paschas. Freilich sind die Zeiten revolutionärer Erschütterungen und der revolutionären Zersetzung Rußlands noch nicht zu Ende. Früher oder später wird das bolschewistische Regime in Rußland gestürzt werden, und eine monarchistische Reaktion wird an seine Stelle treten. Während der Periode des Zerfalls der bolschewistischen Macht wird dann Rußland wiederum so schwach und wehrlos sein wie

1918. Die monarchistische Restauration dürfte dann Rußland ohne Zweifel eine in ähnlicher Weise von der vorhergegangenen abweichende Regierung geben, wie die Herrschaft der Bourbonen nach der großen Französischen Revolution war, oder wie die der Stuarts nach Cromwell. Man darf nicht vergessen, daß nach jeder großen Revolution zuerst die Reaktion kommt, dieser folgt eine Nachrevolution, oder es folgen gar mehrere Revolutionen, die periodisch in gewissen Zeitabständen einander ablösen (1830, 1848, 1871 in Frankreich), bis der Staat endlich sein inneres Gleichgewicht findet.

Somit wird sich, im Zeitraum zum mindesten der nächsten fünfzig Jahre, für Polen die Gelegenheit zur Ausdehnung nach Osten bieten. Wir müssen uns jedoch darüber klar werden, daß unser Streben nach einer weiteren Expansion im Osten ohne völlige Sicherheit von deutscher Seite nicht ausführbar ist. Die Sicherheit von seiten Deutschlands können wir aber nur gegen den Verzicht auf die Ostseeküste und gegen die Rückgabe Westpreußens und Oberschlesiens an Deutschland erkaufen.

Meint jemand, Deutschland hätte sich mit dem Verlust des ober-schlesischen Industriegebiets und mit der Abtrennung Ostpreußens vom übrigen Deutschland durch den Pommereller Korridor für die Dauer abgefunden, so ist er entweder blind, oder aber er will den wahren Sachverhalt nicht sehen. Die Entscheidung der ostpreußischen Frage, die der Versailler Vertrag getroffen hat, ist zu sehr gekünstelt, als daß sie sich auf die Dauer aufrecht erhalten ließe.“

Es verdient beachtet zu werden, daß auch ein polnischer Autor, wenn auch von seinem Standpunkt aus, die gegenwärtige Regelung der Korridorfrage unhaltbar findet.

„Und darum — eins von beiden: Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Perioden seiner Ohnmacht zunutze machen, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird, und legen damit zugleich die Entscheidung der nur provisorisch geregelten ostpreußischen Frage in die Hand Deutschlands, oder aber — wir setzen unsere ganze uns zur Verfügung stehende Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden werde. Steht es aber so, so ist jegliches Schwanken vom Übel.

Ohne den Zugang zum Dnjepr kann Polen bestehen, aber ohne beständigen Zugang zum Meere kann es nicht bestehen. Dies ist der entscheidende Gesichtspunkt.

Nicht ohne Bedeutung ist jedoch zugleich, daß in den jenseits unserer Ostgrenzen gelegenen Gebieten, ausgenommen die Kreise Ploskirow und Kamieniec, der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung kaum 20 v. H. erreicht, während dagegen das ethnographisch polnische Element in Preußisch-Masuren, das die Hälfte Ostpreußens einnimmt, die absolute Mehrheit repräsentiert. Freilich hat diese polnische Mehrheit Südostpreußens während des Plebiszits sich zurzeit noch für Deutschland ausgesprochen, denn die jahrhundertelange Trennung von Polen hatte das nationale Bewußtsein in ihr ertötet. Das bedeutet aber noch nicht, daß es immer so bleiben mußte. Sind doch zum Beispiel die Protestanten in Teschen-Schlesien dort das patriotischste Element. (Dieser für einen Nichtpolen nicht ohne weiteres verständliche Satz soll besagen: Die protestantischen Polen in Teschen-Schlesien, ungeachtet sie, ebenso wie die Masuren, sich im Bekenntnis von der Mehrheit des polnischen Volkes unterscheiden, stellen dennoch ein national besonders regzames Element dar. D. Hg.) Eine Abstimmung in Oberschlesien vor dreißig Jahren aber hätte kein besseres Resultat erbracht als jetzt das Plebiszit in Masuren.

Innerhalb der oberschlesischen Polen begann die nationale Bewegung erst gegen Ende des letzten Jahrhunderts. Sie war das Werk einer Handvoll Leute, die sich damals in geheimen Organisationen des allpolnischen Lagers zusammengeschlossen hatten. (Allpolnisch, im Parteinne, gleich nationaldemokratisch. D. Hg.) Einige zwanzig Jahre der Arbeit dieser Leute hat indes genügt, damit die überwältigende Mehrheit der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, die seit Jahrhunderten jede politische Verbindung mit Polen verloren hatte, sich nun, bei der Abstimmung, nicht nur für Polen erklärte, sondern daß sie selbst zur Waffe griff, als man sie dessenungeachtet wieder den Deutschen ausliefern wollte.

Solcherart war das Ergebnis der nationalen Arbeit in Oberschlesien zu einer Zeit, da es noch keinen polnischen Staat gab und als die nationale Bewegung weit und breit in allen polnischen Stammgebieten die Staatsgewalt gegen sich hatte. Wieviel bessere Ergebnisse kann nun eine im allpolnischen Sinne betriebene

Arbeit heute in Ermland und Masuren erzielen, indem sie sich auf den unabhängigen polnischen Staat stützt.

In der neueren Geschichte findet sich kein Beispiel dafür, daß ein Volk auf irgendeinen seiner Bestandteile nur darum verzichtet hätte, weil sich dieser zurzeit noch außerhalb seiner Staatsgrenzen befand. Niemals hat das italienische Volk Trient vergessen, obgleich es durch den Dreibund mit Österreich verbündet war; nie hat auch Rumänien Bessarabien vergessen, oder die Bukowina, oder Siebenbürgen; nie hat Serbien seine unter türkischer Herrschaft verbliebenen Territorien vergessen, nie Bosnien und die Herzegowina.

Ebenso kann auch das polnische Volk den Ausgang des Plebiszits in Masuren nie als einen endgültigen Spruch der Geschichte anerkennen. Würde Polen die masurische Frage fallenlassen, so würde es sich selber verneinen. Denn eins von beiden: Entweder ist unser Staat ein polnischer Staat, dann aber ist es seine höchste Aufgabe, die national polnischen Gebiete zu vereinigen; oder aber unser Staat erkennt nur seine Rechte, nicht aber seine Pflichten gegenüber den polnischen Gebieten an, und daß er gar diese Rechte gegen ihm in anderer Richtung sich bietende Vorteile abtreten könne — dann aber ist unser Staat kein national polnischer Staat.“

In den obigen Abschnitten haben wir in ihrer Reinheit die nationaldemokratische Doktrin. Unumwunden wird es ausgesprochen: Polens Aufgabe ist es, alle von Nationalpolen besiedelten Gebiete sich einzuverleiben. Selbst wenn die jenseits der Grenze verbliebenen Stammesgenossen das gar nicht wollen, selbst wenn sie, wie die Masuren, sich erstens national als eine von Polen abgesonderte Gruppe empfinden (wie etwa die Norweger gegenüber den Dänen, die Kroaten gegenüber den Serben, die Slowaken gegenüber den Tschechen), zweitens aber, selbst wenn sie, wie ebenfalls die Masuren, in staatlicher Hinsicht ein so erdrückendes Zeugnis wie dasjenige des Plebiszits von 1920 abgegeben haben. All das ficht unseren Autor nicht an. Er meint, es ließe sich wandeln. Wie, das legt er im weiteren dar. Zur Abschwächung des Arguments, welches das Plebiszit geliefert hat, aber verweist er im obigen auf zweierlei:

auf das Nationalgefühl der protestantischen Polen in — Teschen-Schlesien und auf die Erfolge der polnischen Werbetätigkeit unter den oberschlesischen Polen. Erfolge, die dort während des letzten Menschenalters erreicht wurden. Beide von G. angeführten Momente sprechen jedoch wenig für ihn. Was das Teschener Gebiet anlangt, so besteht dort traditionell ein nationaler Kampfzustand zwischen Polen und Tschechen. Die staatliche und kulturelle Potenz des tschechischen Siebenmillionenvolkes aber ist eben auch heute begreiflicherweise nicht stark genug, um die Anziehungskräfte des größeren polnischen Volks- und Staatsganzen auf eine polnische Grenzbevölkerung zu überwinden. In Masuren liegt alles dies ganz anders. Ein nationaler Gegensatz zwischen deutschen und masurischen Ostpreußen besteht weder, noch hat er je bestanden; die ganze Hoffnung der Verfechter einer polnischen Expansion dorthin beruht darauf, daß sich ein solcher Gegensatz vielleicht künstlich schaffen ließe. Über das Verhältnis der natürlichen Anziehungskräfte, die das Deutsche Reich und die Polen entwickeln, mag man aber etwa unseren ersten Gewährsmann, Bukowiecki (s. oben S. 19), nachlesen. Und nun das Beispiel Oberschlesiens. Es ist hier nicht der Ort, die Diskussion über das Ergebnis des oberschlesischen Plebiszits zu erneuern; bekanntlich blieben im Abstimmungsgebiet, als Ganzes genommen, auch in Oberschlesien die polnischen Stimmen in der Minderheit, insbesondere auch im Industriegebiet, dessen Zuteilung an Polen also zu Unrecht erfolgte. Ferner aber zeigen die Gemeindewahlen vom 14. November 1926, daß die seinerzeit, unter der Nachwirkung des für Deutschland unglücklichen Weltkriegsausgangs und dank der französischen Okkupation, errungenen polnischen Positionsgewinne rückläufig werden. Während hier, im polnischen Teil Oberschlesiens, die deutschen Listen die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, erhielten die Polen bei den wenige Monate später, am 13. Februar 1927, in Deutsch-Oberschlesien vorgenommenen Gemeindewahlen nur 10 967 von 193 450 Stimmen, das heißt nur 5,6 Prozent!

Das kann natürlich auch auf andere Grenzgebiete inner- und außerhalb Polens nicht ohne Wirkung bleiben.

„Es ist kein zufälliges Zusammentreffen der Umstände, daß dasselbe Lager, dieselbe Presse und dieselben staatlichen Faktoren, die die föderative Entscheidung der Wilnaer Frage wie auch die territoriale Autonomie Ostgaliziens forcierten, gleichzeitig nicht ein einziges Wort des Protestes gegen die deutschen Übergriffe hatten, die während des Plebiszits in Ostpreußen vorfielen.

Ein Nationalitätenstaat Polen, ein föderatives Polen könnte in der Tat Masuren und Ermland vergessen. Nicht aber kann auf die Pflicht gegenüber dieser ethnographisch polnischen Landschaft ein nationales Polen verzichten.“

Die obige Bemerkung richtet sich erstens gegen die Ansicht der nationalen Minderheiten in Polen, die angesichts ihres zwei Fünftel betragenden Anteils an der Bevölkerung fordern, daß Polen nicht als Nationalstaat, sondern als Nationalitätenstaat angesehen und verwaltet werde. Zweitens wird damit gegen die einstige Idee Pilsudskis Stellung genommen. Während des Polnisch-Russischen Krieges hatte Pilsudski den Plan, zwei Pufferstaaten im Osten zu bilden: Weißrußland und die Ukraine, und diese föderativ mit Polen zu vereinigen. Die Nationaldemokratie, die, wie auch G.s Ausführungen zeigen, in erster Reihe die Expansion nach Westen verfißt, war strikt gegen diese ostpolitischen Absichten. Sie verwirft auch alle Föderationsideen als solche, da sie, trotz der gemischten Bevölkerung Polens, dieses unbedingt nur als straff polnisch organisierten, nationalen Einheitsstaat regiert sehen will.

„Diese Pflicht obliegt im übrigen nicht nur dem Staat, in noch höherem Grade vielmehr der öffentlichen Meinung der Nation. Denn die außenpolitische Konstellation kann eine polnische Regierung zwingen, trotz aller Unregelmäßigkeiten des Plebiszits die Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte anzuerkennen. Das polnische Volk jedoch darf die masurische Frage nie und nimmer im Stich lassen. Die Verbreitung des polnischen Buches und der polnischen Zeitung, der polnischen Zivilisation, der polnischen politischen Ideen, des polnischen Handels und der polnischen Industrie muß, trotz aller Hindernisse,



unentwegt nach Norden drängen, das heißt zu den masurischen Seen und zum Baltischen Meer. Keine in dieser Richtung unternommene Anstrengung könnte übermäßig sein.

Die polnische Arbeit in den Masuren und in Ermland muß künftig, auf lange Jahre hinaus, zum vaterländischen Programm unserer Jugend gehören; in allen Provinzhauptstädten müssen Vereine entstehen, die das Interesse für die ostpreußische Frage pflegen und genaue Kenntnisse über diesen ebenso wie Oberschlesien altpolnischen Landesteil verbreiten; es müssen speziell zu diesem Zwecke besondere Publikationsinstitute geschaffen werden, die sich einerseits der Propaganda der masurischen Frage in Polen und andererseits der polnischen Propaganda unter den Masuren widmen. Nach Masuren muß auch die polnische Touristik gelenkt werden. Mit einem Wort: das polnische Volk muß seine Pflicht gegenüber dem polnischen Teile Ostpreußens erfüllen, genau so, wie sie das italienische Volk hinsichtlich des Trentino erfüllt hat.

Nun wäre es natürlich lächerlich und doktrinär, wenn wir, um etwa eine desto größere Energie in der Richtung auf Ostpreußen und das Baltische Meer zu entwickeln, alle übrigen außerhalb der Grenzen Polens gelegenen polnischen Siedlungszentren vernachlässigen wollten. Reicht doch in Oberschlesien die polnische Mehrheit bis an die Oder. Ganze Kreise, die heute noch in deutschen Händen sind, haben sich bei der Abstimmung mit der Mehrzahl ihrer Gemeinden für Polen erklärt. Überwiegend polnisch ist ferner auch das Gablonzer und das Karwiner Revier. Und endlich dürfen wir auch die polnischen Interessen in den Gebieten von Minsk und Mogilew, in Wolhynien, Podolien und in der Ukraine nicht gering schätzen.

Anders jedoch muß unsere Expansion in der Richtung zur Ostsee und zur Oder beschaffen sein, anders unsere Arbeit im Osten. Ganz Oberschlesien bis zur Oder weist eine Bevölkerung auf, die in ihrer Mehrheit oder doch zu einem bedeutenden Teil zu Polen neigt. In unserem Volke aber ist, selbst in den untersten Volksschichten, das Interesse für Oberschlesien allgemein. Das Genfer Abkommen wiederum räumt sowohl der polnischen Minderheit im deutschen Teile Oberschlesiens wie der deutschen Minderheit im polnischen Teile weitgehende Rechte ein.

Unter diesen Umständen muß, ungeachtet der durchgeführten

Teilung Oberschlesiens, zu beiden Seiten der Grenze der kulturelle, wirtschaftliche und politische Kampf des polnischen Elements mit dem deutschen fort dauern. Der Gegenstand dieses Kampfes aber ist im Bewußtsein sowohl der Deutschen wie der Polen ganz Oberschlesien.

Das Ringen des polnischen Volkes mit dem deutschen in Oberschlesien ist Tatsache. Weder der polnische noch der deutsche Staat, selbst wenn sie es noch so sehr wollten, können den Kampf verhindern. Die beiden Regierungen können einzig und allein seine Formen mildern. Aber sollte eine der beiden Regierungen auch nur die Intensität dieses Ringens verringern wollen, so würde sie sich in Widerstreit mit der gesamten nationalen öffentlichen Meinung setzen und eine unerfüllbare Aufgabe auf sich nehmen. Die Stärkung der polnischen Kräfte in Oberschlesien, und zwar nicht allein auf dem Polen zuerkannten Teile, ist die natürliche, alltägliche Pflicht jeder polnischen Regierung.

Unsere Ausdehnungsbewegung in der Richtung auf die masurenischen Seen und zum Baltischen Meer müssen wir dagegen erst ins Leben rufen. Sie ist noch keine Tatsache des täglichen Lebens, aber sie ist das erste Gebot der polnischen Geschichte, sie ist der historische Weg der Machtpolitik des polnischen Volkes und Staates.

Wegen der Ostseeküste aber wird früher oder später Polen mit Deutschland zusammenstoßen. Denn selbst wenn wir unsererseits unsere Pflicht gegenüber Ermland und Preußisch-Masuren vergessen würden — die Deutschen werden niemals ihre Ansprüche auf Pommerellen vergessen, denn sie werden ihre Pflichten gegenüber Königsberg nicht vergessen, zu dem der Weg durch unseren Pommereller Korridor führt. Bei diesem Zusammenstoß aber wird Polen nur dann den Sieg davontragen, wenn es dafür nicht nur durch die nötige Organisation und die nötige Ausrüstung seiner Armee technisch vorbereitet ist, sondern auch politisch durch die Weckung eines polnischen Nationalbewußtseins innerhalb der polnischen Bevölkerung Ostpreußens.

Polen siegte über den Deutschen Ritterorden zu Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts nur dank dem Umstande, daß die dem Orden dienstbare Bevölkerung zu Polen neigte. Auch heute wird uns genau ebenso den Sieg nur eine Hinneigung Ermlands und Masurens zur Vereinigung mit Polen sichern. Diese Hinneigung

muß aber rechtzeitig geschaffen werden. Von der Energie, die wir in dieser Richtung entwickeln, hängt nicht nur die Größe und die Macht Polens ab, sondern nahezu seine Existenz. Denn, in der Tat, der Bestand der Republik Polen wird erst dann dauernd gesichert sein, wenn wir in dem mit Deutschland unabwendbaren Kriege siegen, in den sich Deutschland stürzen wird, sobald es sich von der im Weltkriege davongetragenen Niederlage erholt hat.“

Hier folgt ein Exkurs über die polnischen Expansionsziele im Osten und andersgeartete Politik, die Polen nach G.s Ansicht dort zu betreiben habe. Diese Ausführungen sind hier fortgefallen. Ihre Nutzenanwendung auf unser Thema spricht der Schluß des zitierten Kapitels folgendermaßen aus (S. 150):

„Das an der Grenzscheide zwischen der östlichen und der westlichen Zivilisation gelegene Polen kann nur als ein Volk mit westlicher Kultur in der Welt eine Bedeutung erringen. Die Zeiten, in denen Polen erstarkte, waren immer die Zeiten seiner engen Verbindung mit dem Westen. So zum Beispiel die Zeit, als man sich unter Mieszko und Boleslaw Chrobry auf Rom stützte, als unter den Jagiellonen die westlichen Wissenschaften, Künste und Sitten blühten, als während des vierjährigen Sejms der französische Einfluß vorherrschte. Die Periode des Verfalls Polens hingegen war jene Periode der Orientalisierung unseres gesamten Lebens, die Zeit, als man Kontusche trug und sich die Stirn ausrasierte (nach älterer kosakischer und mongolischer Sitte. D. Hg.), die Zeit der türkischen Wandteppiche, des östlichen Luxus, der Geringschätzung des Rechts, der Unterwürfigkeit vor den Mächtigen, des Hochmuts gegenüber den Schwächeren, die Zeiten glänzender Jagden, aber schlechter Heeresorganisation usw.

Wenn es sich nämlich im Leben des einzelnen immer wieder zeigt, daß der Mensch sich denen anpaßt, mit denen er umgeht, so ist es im Leben der Völker gerade umgekehrt: eine Nation wird so, wie ihre Gegner sind, gegen die sie kämpft. Als Polen unter Chrobry mit dem Kaisertum im Kampfe lag, mit dem Deutschen Ritterorden unter Kasimir dem Großen, Ladislaus Jagiello und Kasimir Jagiello, mit dem Hause Habsburg unter Sigismund dem Alten und Sigismund August, war Polen bestrebt, es möglichst

dem Westen gleichzutun, Freunde, Anerkennung und Verbündete im Westen zu haben und einen Einfluß auf die Gestaltung der westeuropäischen Dinge zu gewinnen. Als Polen hierauf jedoch seine ganze Expansion nach dem Osten gerichtet hatte, vernachlässigte es seine europäische Politik und seine europäische Geistesbewegung: es verhielt sich passiv während des Dreißigjährigen Krieges, und noch in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts gab die Krakauer Akademie einen astrologischen Kalender heraus.

Dasselbe wird auch jetzt sich wiederholen. Die polnische Expansion nach dem Baltischen Meer — sie bedeutet gleichzeitig eine schnelle Industrialisierung Polens, die Entwicklung der Städte, der demokratischen bürgerlichen Kultur, die Befestigung der Verwaltungsorganisation eines Rechtsstaates, den Fortschritt westlicher Zivilisation.

Die polnische Expansion nach dem Osten aber bedeutet die Einbeziehung Polens in das Chaos der Umstürze, deren Schauplatz Rußland während einer langen Zeit noch sein wird, eine Politik unberechenbarer sozialer Experimente und toller Risiken diplomatischer und kriegerischer Art, eine Politik der Konspirationen mit den Ukrainern, den Weißrussen, den revolutionären russischen Parteien, kurzum — eine neue Orientalisierung unserer staatlichen und sozialen Kultur.“

Die obigen Schlußausführungen G.s sind besonders interessant. Sie entfernen sich übrigens von der Richtlinie einer bloßen Parteischrift, denn bei einem Nationaldemokraten von strenger Rechtgläubigkeit würde man kaum auch nur jene indirekte Huldigung vor dem deutschen kulturellen und zivilisatorischen Vorbilde finden, die in G.s Worten deutlich genug enthalten ist. Polen drängt, G. zufolge, zur Oder und zum Baltischen Meer, damit es durch die Einverleibung der benachbarten Grenzlande verwestlicht werde, damit es entwickelte Industrien, modernes Städtewesen, demokratisches Bürgertum, Rechtsstaatlichkeit und die Errungenschaften der westeuropäischen Zivilisation sich zu eigen mache. Alle diese vom polnischen Standpunkt gewiß sehr wünschenswerten Schätze westlicher Gesittung sind jedoch die Frucht jahrhundertelanger deutscher Arbeit. Daß

diese Produkte fremden Fleißes Polen von großem Nutzen sein könnten, wer will's leugnen. Aber gibt diese Tatsache auch schon einen vertretbaren Rechtstitel auf den erwünschten Besitz?

### St. Srokowski über die Methoden zur Gewinnung Ostpreußens.

Der dritte polnische Autor, aus dessen Ausführungen zu unserem Thema im folgenden einiges angeführt werden soll, ist Stanislaw Srokowski. Und zwar lenkt seine Veröffentlichung deshalb einiges eigene Interesse auf sich, weil Srokowski sich in anderer Lage befand als Bukowiecki oder Grabski. Diese beiden Autoren schrieben in Polen; wenn sie je die betreffenden deutschen Landesteile selber besucht haben sollten, auf die sie eine polnische Expansion gerichtet wünschen, so kann es nur in privatem Charakter geschehen sein. Srokowski hingegen hielt sich in amtlicher Eigenschaft, als offizieller Vertreter Polens, in jenem deutschen Landesteil auf, den er in der nachfolgend behandelten Schrift von Deutschland zu Polen hinüberzuziehen empfiehlt. Srokowski war von 1921 bis 1923 polnischer Generalkonsul in Königsberg. Zwei Jahre später (1925) veröffentlichte er im Verlage des Westmarkenvereins in Posen die Schrift: „Z Krainy Czarnego Krzyza. Uwagi o Prusiech Wschodnich.“ (Aus dem Lande des Schwarzen Kreuzes. Bemerkungen über Ostpreußen.)

Der erwähnte Umstand gibt für die Beurteilung seiner Schrift mehrere Gesichtspunkte. Einesteils nimmt man unzweifelhaft mit erhöhtem Interesse eine Broschüre zur Hand, die von einer Persönlichkeit stammt, die dank ihrer amtlichen Tätigkeit sich über den behandelten Gegenstand besonders gut unterrichten konnte. Anderenteils freilich kann man nicht umhin, etwas daran als ungewöhnlich zu empfinden. Den Umstand nämlich, daß hier der Generalkonsul eines Nachbarstaates, kaum aus seinem Amtsbezirk abberufen, alsbald für die Loslösung des entsprechenden Gebiets von derjenigen Regierung eintritt, mit

deren Exequatur er soeben noch dort tätig gewesen war. Gesetzlich verboten ist das natürlich nicht, gewiß nicht. Aber vom Standpunkt der internationalen Gepflogenheiten erscheint es entschieden als Sonderfall. Auf andere Dinge, die gleichfalls unüblich sind, wird noch bei Besprechung der wiedergegebenen Auszüge hinzuweisen sein.

Aus der sonstigen Amtslaufbahn des ehemaligen polnischen Generalkonsuls für Königsberg, Srokowski, ist dem Herausgeber nur noch bekannt, daß Srokowski vor seiner Königsberger Tätigkeit zeitweilig polnischer Konsularvertreter in einem Etappenabschnitt der antibolschewistischen Armee Denikins war, ferner episodisch, 1921, „Delegierter der polnischen Regierung in Oberschlesien“. Als solcher war er vom 20. Mai bis zum 5. Juli 1921 tätig, d. h. also, während der Zeit des sogenannten dritten Aufstandes, des Aufstandes nach erfolgtem Plebiszit. Über den letzterwähnten Zeitabschnitt hat Srokowski übrigens gleichfalls eine Broschüre veröffentlicht, betitelt: „Wspomnienia z trzeciego powstania górnośląskiego 1921 r.“ (Erinnerungen an den dritten oberschlesischen Aufstand 1921.) Auch diese Oberschlesien betreffende Broschüre enthält manchen für die polnische Westpolitik interessanten Beitrag. Doch hat in diesem Fall der Autor selber offenbar weitgehende Zensur geübt. „Ich übergehe,“ sagt er in seinen Erinnerungen an den Aufstand, „was zurzeit noch in den Archiven bleiben muß, und bin genötigt, öfters sehr entscheidende Momente zu verschweigen.“ Infolgedessen wäre es wohl verfrüht, sich mit dieser oberschlesischen Broschüre Srokowskis zu beschäftigen. Die ostpreußische Schrift dagegen verdient wohl auch schon gegenwärtig, und zwar insbesondere deswegen Beachtung, weil sie nach einer Angabe des Autors (S. 26) gewissermaßen das Prototyp für eine „allerlebhafteste, unaufhörliche Aktion in der Presse Europas und Amerikas“ über Polen und Ostpreußen abgeben sollte. Wenigstens einige besonders charakteristische Stellen aus Srokowskis „Bemerkungen über Ostpreußen“ schienen daher anführens-wert. Für ihre Auswahl war maßgebend, daß bei Bukowiecki und Grabski ausgeführte

Gedankengänge hier nicht mit anderen Worten nochmals wiederkehren sollten; es wurden vielmehr nur solche Ausführungen übersetzt, die des ehemaligen polnischen Generalkonsuls in Königsberg spezifischen Beitrag zu unserem Gegenstand darstellen.

\* \* \*

Im ersten und zweiten Abschnitt seiner Schrift über Ostpreußen hatte Srokowski in ähnlicher Weise wie die früher besprochenen polnischen Autoren darüber berichtet, welche wirtschaftliche und militärische Bedeutung ein gesicherter Zugang zum Meer für Polen hätte. Dabei war er insbesondere auch auf die Erfahrungen des letzten Polnisch-Russischen Krieges eingegangen. „Jede Erweiterung oder mindestens Sicherung (des Korridors) wird Polens Macht zum Ausdruck bringen und beweisen“, heißt es da u. a. Ohne den Korridor hingegen würde Polen nichts mehr als eine Art autonome Provinz Rußlands oder Deutschlands sein. Was insbesondere Ostpreußen anbelangt, so erklärt Srokowski es für einen „typischen schlechten Nachbarn“, der Polen insbesondere im Kriege gegen Rußland nur abträglich gewesen sei.

Befindet sich Srokowski bis dahin also in Übereinstimmung mit anderen polnischen Expansionspolitikern, so folgt nun eine Darlegung, die sich bei ihm allein findet. Hatte nämlich zum Beispiel selbst Grabski (s. oben S. 42) die Kulturgüter geradezu gefeiert, die Polen dank einer Ausdehnung nach Norden hinzugewinnen könnte, die also nach seiner Ansicht u. a. in Ostpreußen vorhanden sind, so urteilt Srokowski ganz anders. Er schreibt:

„Keine Opfer können zu groß sein, um Ostpreußen auf die eine oder andere Weise zu gewinnen, um es in den Kreislauf des Polentums einzubeziehen. Es wäre dies in Wahrheit eine zivilisatorische Arbeit.

Es klingt dies wie ein Paradox, denn in Ostpreußen sind die Wege und Eisenbahnen gut, bei uns aber schlecht. Doch bedenken wir, daß mit dieser äußerlichen materiellen Zivilisation die ganze

Überlegenheit der ostpreußischen Kultur eben auch ihr Bewenden hat.

Um keine Gemeinplätze auszusprechen, ohne gleichzeitig durch Tatsachen die Misere der sogenannten preußischen Kultur zu belegen, mache ich darauf aufmerksam, daß Ostpreußen ein Land ist, in dem es nahezu völlig an einem Empfinden für Geschmack und Schönheit mangelt, ein Land unerhörter Durchschnittlichkeit, überdies schlechter gesellschaftlicher Formen, ein Land, trübselig, dumpf und versimpelt. Es gibt hier keine einfachen Leute, sondern fast nur grobe Kerle. Selbst Personen aus den höchsten Gesellschaftssphären kann man sich nicht als willkommene Gäste im gewöhnlichen Kreise gut erzogener Europäer denken. Überall tragen sie hier ein „Etwas“ hinein, das die Umgebung unangenehm berührt und auseinandertreibt, verletzt oder verstimmt. Preußen können nun mal nur unter sich verkehren. Der Junker ist gut für die Kaserne, für die Reitbahn oder die Dreschtenne, aber nicht dort, wo Menschen Menschen sein wollen und nicht Maschinen, wo man frei atmen will und die Dinge auch mit Herz und Phantasie erfassen. Ein jahrhundertelanger Erziehungsprozeß hat in ihm höhere idealistische Anschauungen völlig entstellt. Alles, was er betrachtet, profaniert er durch den Blick eines seinen Vorteil berechnenden Ausbeuters, daher auch der völlige Mangel an Pietät selbst für eigene Erinnerungsstücke. In allen ostpreußischen Gutshöfen findet man fast nichts irgendwie Wertvolleres, wo sich aber dergleichen findet, da ist es derartig mit neumodischem Kitsch vermischt, daß man es nicht leicht herausfindet.

Dem Junker öffnet der Bürger nach, der von engem Gesichtskreis, stumpf und bäurisch ist.

Das Haus, in dem in Königsberg der große Kant wohnte und schaffte, hat man seelenruhig vernichtet, um an seiner Stelle gewöhnliche Mietkasernen zu errichten. Auf die Renaissance-Bekrönung des Königsberger Schlosses wurde, ungeachtet der Folianten, welche ostpreußische Professoren über Baustile geschrieben hatten, eine Spitze im Stile westpreußischer Gotik aufgesetzt, die ganze nächste Umgebung des Schlosses aber hat man, nach Beseitigung alles dessen, was, wenn auch nicht von Kunst, so doch von der Patina der Jahrhunderte zeugte, in eine typisch moderne, langweilige deutsche Straße verwandelt. Die



Hand eines Preußen der Gegenwart tut Wunder: Was sie berührt, dem nimmt sie die Seele, verwandelt es in etwas Häßliches und Schablonenhaftes. Findet sich etwas Schöneres und Originelleres auf dem dünnen Boden Ostpreußens, so ist dieses sicher ein seltener Überrest verklungener Einflüsse Polens, der Danziger Renaissance oder Hollands. Die spätere französische Infiltration hat bereits keine Spur mehr hinterlassen, denn sie stieß auf ein Preußentum, das gar zu sehr in seinem Typus verhärtet war, dem Typus praktischer, kleinlicher und ordinärer, wenn auch andererseits fleißiger, ungewöhnlich folgsamer und ordnungsliebender Knechte Gottes.

Fürwahr, man weiß nicht, wozu dergleichen eigentlich lebt.

Sie sagen, sie wollten der Welt ihre höchstvollkommene Ordnung bringen und sie dadurch glücklich machen. Indessen ist es unter dem grauen ostpreußischen Leben weit bis zum Glück. Nicht leicht irgendwo in der Welt führt man ein ähnlich leeres Leben wie hier. Eine Ausnahme bilden allenfalls nur die Gelehrten, die sich in die Welt ihrer Abstraktionen verschließen. Aber dieses erlesenste Produkt des ostpreußischen Bodens ist größtenteils Import. Die ganze ostpreußische Wissenschaft wurde, wie ein Deutscher gesagt hat, im Laufe der Jahrhunderte mühselig „zusammengeschweißt“ für den nächsten Nutzen der Umgebung, aber ohne jeden umfassenderen Gedanken an den Dienst für allgemeinmenschliche abstrakte Ziele, für die Ideale des Schönen, Guten und Wahren. Ist diese Wissenschaft auch zuzeiten „kalos“, was ich hier mit schwungvoll übersetzen möchte, so ist sie doch gewiß nicht gleichzeitig „agathos“ oder, nach ostpreußischer Interpretation dieses Wortes, genügend tief. Vor allem aber fehlt es ihr oft an Wahrheit. So viel Lügner, wie sich hier im vergangenen Jahrhundert zum Beispiel unter den preußischen Geschichtsschreibern kleinen und großen Kalibers angesammelt hatten, dürfte die Erde wohl an einem einzigen Ort in Gelehrtentracht noch nicht gesehen haben. Die wahre Wissenschaft ist denn auch in Ostpreußen der Bevölkerung nicht in Fleisch und Blut übergegangen, und ungeachtet der Masse gedruckten Papiers ist sie arm an Ergebnissen und berühmten Namen. Zwar fällt auf sie der Glanz des genialen Philosophen Kant, in dessen Adern jedoch, scheint's, mehr litauisches als deutsches Blut floß, aber im übrigen kann sie sich außer dem Pädagogen Herbart, dem

Geschichtsschreiber der Philosophie Ueberweg und den Mathematikern Neumann, Jacobi und Bessel auf keinen hervorragenden Mann berufen. Charakteristisch ist es auch, daß die Königsberger Universität erst im Jahre 1544 gegründet wurde, also erst zweihundert Jahre nach der Krakauer. Noch einmal heben wir hervor, daß die hiesige Hochschule zwar lehrt, aber nicht erzieht. Die Erziehung überließ man dem Landrat, dem Schutzmann und dem Korporal.“

Die Wiedergabe des obigen Abschnitts fällt, wie der Herausgeber einräumt, etwas aus dem ernsthaften Plan unserer Veröffentlichung heraus. Aber ein gewisses informatorisches Interesse kommt schließlich auch ihm zu, da er unseren Autor charakterisiert.

Daß diesem die Ostpreußen nicht gefallen haben, werden sie wohl oder übel tragen müssen. Immerhin ist die Ausdrucksweise, der sich der ehemalige Königsberger Generalkonsul bedient, auffallend — es sei denn, er habe, da er der Zivilisation den Weg bereiten möchte, von ihr gleich auch eine Probe geben wollen. Im übrigen wäre aber auch eine künftige Selbstberichtigung unseres Verfassers denkbar, wenn er etwa einmal unmittelbare Eindrücke über den besprochenen Gegenstand gewönne. Kann doch sein oben angeführtes Urteil nur aus zweiter Hand stammen. Denn in jenen ersten Jahren nach dem Kriegsende bestand ein gesellschaftlicher Verkehr zwischen deutschen Kreisen Ostpreußens und dem polnischen Generalkonsul in Königsberg überhaupt nicht.

Versäumnisse, wie hinsichtlich der Erhaltung des Wohnhauses Kants, und städtebauliche Fehler, wie sie am Schloßplatz in Königsberg vorkamen, sind zuzugeben und zu bedauern. Aber kann man mit zwei einzelnen herausgegriffenen Verstößen, wie sie überall — und leider überall — zu Dutzenden vorkommen, gleich das kulturelle Todesurteil für ein ganzes Land begründen wollen? Und das ganz ohne Berücksichtigung der Umstände, daß die Kant betreffende Unterlassungssünde einer früheren Generation durch die seitherige liebevollste Pflege aller Königsberger Kantiana längst wettgemacht wurde?

Was aber den Städtebau in Ostpreußen betrifft, so hätte unseres Autors strenger Blick vielleicht auf die Wiederherstellung der im Weltkriege zerstörten Landstädte fallen sollen, nicht nur organisatorisch eine Großtat, die selbst ein polnischer Autor wie Limanowski (*Mazowsze pruskie*. 1925. S. 20) rühmt, sondern auch ästhetisch eine anerkannte Musterleistung.

Unwiderleglich ist freilich ein anderer Vorwurf Srokowskis. Die Tatsache, daß die Krakauer Universität älter ist als die Königsberger, läßt sich nicht ändern. Aber man muß leider annehmen: selbst eine polnische Annexion vermöchte das nicht wieder gutzumachen.

Im übrigen können sich ja auch jüngere Hochschulen oft erfreulich entwickeln. So freigebig auch zum Beispiel Sr., in origineller Abweichung von allen sonstigen Kantforschern, den großen Philosophen an Litauen verschenkt — vielleicht als Trostgabe für das verlorene Wilna —, von der ostpreußischen Universität läßt sich Kants Name nun mal nicht trennen. Ferner: Herbart, der große Pädagog; Neumann, der Bahnbrecher in der Optik der Kristalle; Bessel, der berühmte Astronom — wären nicht selbst nur diese drei Namen Ruhmes genug für eine provinzielle Hochschule? Der Herausgeber gesteht, daß ihm ähnlich hochklingende Namen aus der zwar längeren Hochschulgeschichte Krakaus nicht bekannt geworden sind.

Und nun gar abgesehen von der Universität. Sollte nicht ein einziger Name wie derjenige Johann Gottfried Herders einen polnischen Autor zum Respekt der Dankbarkeit nötigen? Muß doch die Kunde, die das Slawentum von sich selber hat, den Ostpreußen Herder zu ihren größten Wohltätern rechnen. Der obige Abschnitt war also ein Beispiel der kulturpolitischen Behandlung der ostpreußischen Frage durch unseren Autor. Der folgende Abschnitt zeigt, welches praktische wirtschaftspolitische Verfahren Srokowski Ostpreußen gegenüber empfiehlt.

Nachdem er davon berichtet hatte, daß man sich in jüngster Zeit in Ostpreußen lebhafter für die Heranziehung von Kleinsiedlern interessierte, fährt er folgendermaßen fort (S. 52 f.):

„Polen sieht keinerlei Notwendigkeit ein, daß die ostpreußische Kolonie einen Überfluß an Menschen ansetze, denn dadurch wächst die Gefahr nicht so sehr einer friedlichen Durchdringung mit einem dem Polentum fremden Element, als die Möglichkeit einer wirksamen bewaffneten Intervention Ostpreußens, zusammenwirkend mit einem gleichzeitigen Vorgehen des Reichs. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß die Grenze Ostpreußens von der Hauptstadt Polens kaum 110 Kilometer entfernt ist.

Kann denn schon von Ostpreußen dessen polnischer Teil, das uns von Rechts wegen zukommende Masuren, nicht abgetrennt werden, um dadurch mit einem Schläge das zahlenmäßige Gewicht des ostpreußischen Bevölkerungsblocks, der über unserem Nacken hängt, zu verringern, so müssen wir doch mit allen Mitteln einem derartigen Kolonisationsprozeß entgegenarbeiten, der über unsere Köpfe hinweg am Ufer der Ostsee eine Verdichtung des polenfeindlichen Elements herbeiführen würde. Daß es sich hierbei in erster Linie darum handeln kann, der ostpreußischen Landwirtschaft unseren billigen Landarbeiter zur Verfügung zu stellen, welcher den natürlichen Zuwachs der Bevölkerung Ostpreußens über die Grenzen der Provinz verdrängen würde, versteht sich von selbst. Noch wichtiger jedoch wäre eine solche Regelung der Verhältnisse, daß Ostpreußen völlig abseits der Hauptverkehrs- und Handelslinien geriete.

Wir berührten bereits früher diese Frage, bei Erörterung eines eventuellen bewaffneten Konflikts zwischen Polen und Ostpreußen. Hier möchten wir hervorheben, daß von entscheidender Bedeutung der Bau einer zweigleisigen, auf höchste Geschwindigkeit der Züge und höchste Transportfähigkeit berechneten Bahnlinie Bialystok—Ostrolenko—Mlawa—Thorn wäre, die, kürzer als alle anderen, den Hauptverkehrslinien Ostpreußens Konkurrenz machen würde. Das würde sich höchst bedeutsam insbesondere beim Transithandel durch Ostpreußen nach Inner-Rußland bemerkbar machen. Im vorhinein muß man freilich auf eine zeitweilige Unrentabilität der Bahn gefaßt sein, da Rußland wirtschaftlich zerschlagen und Deutschland geschwächt ist, doch wird dieses

nur in einer Übergangsperiode der Fall sein. Wenn heute dank der Wirtschaft der unfähigen Kommunisten, gemäß den Berichten der Exportabteilung des Außenhandelskommissariats, die ganze Ausfuhr des riesigen Rußland sich in lächerlich kleinen Ziffern bewegt, so ist dies noch kein Grund dafür, daß es so auch noch längere Zeit bleiben müßte. Rußland kann, wenn es sich beruhigt hat, sehr viel verschiedenerlei Rohstoffe und Getreide produzieren, und dann würde eine solche Bahn vielleicht die wichtigste Verkehrslinie nördlich der Karpathen werden. Sie würde uns auch innerhalb des Staates selber einen sehr großen Dienst erweisen. Wiederum können unsere gegenwärtigen Zustände mit ihrem gar zu kleinen polnischen Export und Import nicht in Rechnung gezogen werden. Die Produktion Polens, zugleich mit ihr aber auch der Außenhandel, müssen wachsen, denn eine derartige Wendung der Dinge steht im Zusammenhang mit dem Dasein unseres Staates. Die ganze Zone Polens nördlich von Warschau hat keine einzige Magistrale in der Richtung der geographischen Breitenparallelen, die in einer Zeit und Transportkosten sparenden Weise die verschiedenen Mittelpunkte unseres Wirtschaftslebens verbände. Eine weitere Folge so gestalteter Bedingungen wäre die Ablenkung der Hauptrichtung des Handels in der Provinz Ostpreußen selbst. Während heute dort die Großhandelsbewegung hauptsächlich auf der Linie der Breitenparallelen von West nach Ost und umgekehrt sich vollzieht, würde sie, unter veränderten Verhältnissen, die Konkurrenz des polnischen Verkehrs nicht aushalten und würde gezwungenermaßen sich auf der Linie des Meridiankreises abzuspielen beginnen, das heißt von Norden nach Süden und umgekehrt. Wer die Bedeutung des Handels kennt, der weiß, welche Folgen dieses nach sich ziehen und bis zu welchem Grade es wirtschaftlich Ostpreußen und Polen verbinden würde, und zwar um so mehr, da Königsberg am östlichen Ufer derselben Meeresbucht liegt, an welchem das mit allen natürlichen Fasern an Polen geknüpfte Danzig und das emporstrebende Gdingen erwachsen. Aber damit eine Ablenkung des Verkehrs und Handels erfolgen könnte, ich möchte sagen: von der Berlin-Moskauer Richtung in die Danzig-Königsberg-Warschauer, muß man an den Bau zahlreicher und guter Zufuhrbahnen von Polen zur Südgrenze Ostpreußens denken, zugleich an die Verbindung des Wasserwegenetzes der Provinz

mit den Wasserwegen Polens. Hier freilich heißt es sich eilen, und zwar sehr, denn die Deutschen haben nicht weniger als wir die Zukunft Ostpreußens im Auge, nur im umgekehrten Sinne, und sie tun alles, was in ihrer Macht liegt, um die für uns vorteilhaften Kombinationen zu vereiteln. Schrittweise substituiert sich dem Begriff des polnisch-deutschen Kampfes um den Pommeller Korridor ein anderer, nämlich des Kampfes um die Entwicklung und Bedeutung Ostpreußens. Denn es hat doch nur dann einen Sinn, sich auf den unmittelbaren territorialen Zusammenhang Ostpreußens mit dem Reiche zu versteifen, wenn jenes Ostpreußen, das verbunden und festgehalten werden soll, tatsächlich ein hochwertiges und wichtiges Objekt darstellt, und wenn ferner im Norden und Osten davon sich Gebiete befinden, auf welche Deutschland, gestützt auf Ostpreußen, expansiv zu wirken vermag. Je mehr Ostpreußen einen Niedergang erleidet oder auch nur sich verändert und selbständig verwaltet, je mehr Litauen, Weißrußland und Lettland samt ihren Handels- und sonstigen Möglichkeiten Ostpreußen aus den Händen gleiten, um so weniger wird Ostpreußen in den führenden Kreisen der deutschen Politik und des deutschen Handels noch Interesse erwecken. Fast von selbst würde es die Bedeutung einer deutschen Provinz verlieren, würde eine Art selbständiger Landschaft werden, die der deutschen Gesamtpolitik mehr oder weniger fremd, unter Umständen sogar ablehnend gegenüberstände. Dann würde fast automatisch auch der polnisch-deutsche Streit um den Pommeller Korridor in die Sphäre nichtaktueller Angelegenheiten rücken, um nach einer weiteren Reihe von Jahren, bei gleichzeitigem Wachstum der Kräfte Polens, mehr oder minder in Vergessenheit zu geraten.“

Mit anderen Worten: Srokowski empfiehlt, Ostpreußen wirtschaftlich zu erdrosseln; um einen Leichnam werde sich dann niemand mehr bekümmern. Auch dies wäre, um seine oben (S. 45) wiedergegebene Wendung nochmals zu zitieren, wohl „in Wahrheit eine zivilisatorische Arbeit“!

## „Consulibus“ über ein polnisch-tschechisches Aufteilungsprogramm für Schlesien.

Die letzte der hier heranzuziehenden Schriften ist neuesten Datums, 1926 erschienen. Sie heißt: „*Doswiadczenia i bledy naszej polityki zagranicznej wobec zadan chwili*“ (Erfahrungen und Irrtümer unserer auswärtigen Politik im Hinblick auf die Aufgaben der Gegenwart). Der Autor nennt sich nicht. Sein Deckname „Consulibus“ soll wohl eine Art Widmung sein, unter Anspielung auf die bekannte Formel, mit der in Notzeiten der römische Senat der Exekutive erhöhte Vollmachten verlieh: „*Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat.*“

Die Consulibus-Schrift ist dadurch bemerkenswert, daß sie, obgleich in verschiedenen Fragen mit der Nationaldemokratie nicht übereinstimmend, so zum Beispiel in der Stellung zu Pilsudski, dennoch in ihren westlichen Annexionsplänen das Non plus ultra darstellt. C. bedient sich freilich dabei — teilweise, nicht durchweg — des gleichen literarischen Modus, den wir schon aus früheren Beispielen kennen. Auch C. erörtert die polnischen Expansionsziele gelegentlich in der Weise, daß er die versäumte Gelegenheit bedauert, sie beim Friedensschluß nicht verwirklicht zu haben. Was von diesem Kunstgriff zu halten ist, wurde schon oben bei Besprechung der Bukowieckischen Schrift ausgeführt. Die Lektüre der C.-Schrift kann in der dort vertretenen Auffassung nur bestärken. Denn daß ein rückwärts gerichtetes Bedauern über angeblich begangene Fehler einem Ratschlag für die Zukunft, sie bei nächster Gelegenheit gutzumachen, zum Verwechsell ähnlich sieht, zeigt C. selber aufs deutlichste. Nach C. war nämlich eine solche neue Gelegenheit in der Nachkriegszeit sogar schon einmal da. Er schreibt (S. 14 f.):

„Viele unter uns begrüßten es mit aufrichtiger Freude, als den Platz des Außenministers nacheinander Seyda und Dmowski einnahmen (Juni bis November 1923. D. Hg.)... Damals schien es, daß der Augenblick gekommen war, um die uns in den Verträgen und nach den Verträgen zugefügte Unbill an der deutschen Front gutzumachen, und zwar unter dem tatsächlichen Protektorat Frankreichs... Als die größte Enttäuschung, die durch jene Führer der Nationaldemokratie Polen bereitet worden ist, muß man es daher bezeichnen, daß sie, in der Periode der Zwangsmaßnahmen Poincarés zur Macht gelangt, dennoch den Moment nicht zu einem uns gemäßen Auftreten benutzten, das die besonderen Herzensschmerzen unseres staatlichen Daseins gestillt hätte... Die Dinge haben sich, scheint's, so abgespielt, daß unsere Regierung auch tatsächlich aus der Situation den entsprechenden Vorteil ziehen wollte, aber die französische Gesandtschaft riet ab...“

Was nun die einzelnen Expansionsobjekte im System des C. angeht, so nimmt, wie bei den früher behandelten Autoren, auch bei ihm die ostpreußische Frage eine wichtige Stelle ein. Da aber die betreffenden Ausführungen bei C. nicht eben viel Neues hinzufügen, so scheinen diejenigen Partien seiner Schrift interessanter, in denen er eigene Ansichten entwickelt. Es betrifft dies u. a. Schlesien.

Zum Verständnis des im nachfolgenden wiedergegebenen Abschnitts über Schlesien sei vorausgesandt, daß in einem früheren Abschnitte die polnisch-tschechischen Beziehungen besprochen worden waren. C. hatte dort zuletzt mit Bedauern festgestellt, daß die Tschechoslowakei weder Sachsen, der Oberlausitz, noch Österreich einen Korridor nach Jugoslawien abzunehmen vermocht hatte. Anschließend fährt C. fort:

„Die Tschechen haben ferner nicht das Glatzer Tal in Niederschlesien (unter Niederschlesien versteht C. durchweg ganz Schlesien mit Ausnahme Oberschlesiens. D. Hg.) erhalten, nur ihren Teil des Kreises Ratibor haben sie erlangt. An einem Gewinn für sie hätte uns aber in diesem Fall gelegen sein sollen. Daß überhaupt nicht wenigstens eine örtliche tschechisch-polnische Verständigung in bezug auf Preußisch-Schlesien zustande kam,



ungeachtet aller gleichzeitigen Antagonismen und selbst Streitigkeiten auf anderen Gebieten, war geradezu ein geschichtliches Paradoxon, das von der Jugendlichkeit und politischen Unreife der beiden Nationen zeugt, die sich denn auch verhängnisvoll an ihnen gerächt hat. Zwar verfügten im Augenblick der Entscheidungen über den Frieden weder die Polen allein, noch die Tschechen allein, noch auch Polen und Tschechen zusammen über eine ausreichend gewichtige Stimme innerhalb der Koalition der Sieger. Allein die Sache selbst und die Logik der Tatsachen hätten im Falle des Zusammenwirkens beider Nationen so überzeugend gewirkt, daß ich nicht zweifle, ganz andersgeartete Friedensbestimmungen hätten die schlesische Frage geregelt, zum Nutzen ganz Europas, der Tschechoslowakei und Polens.

Gibt es doch in der gegenwärtigen politischen Gestaltung Europas wenig Dinge, die in ähnlichem Maße ungeheuerlich und schädlich wären wie jener deutsche Gebietsstreifen, der sich durch Schlesien bis Oderberg hinzieht und auf dieser Strecke Polen und die Tschechoslowakei voneinander trennt. Vor allem schafft er überaus einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten. Polen ist infolgedessen im Westen, mit Ausnahme der engen Mährischen Pforte bei Teschen, ausschließlich und auf einer ungewöhnlich langen Linie der Nachbar Deutschlands. Andererseits wird aus dem gleichen Grunde die Tschechoslowakei von drei Seiten — im Westen, Norden und Osten — dicht von einem deutschen Grenzgürtel umschlossen, im Südwesten grenzt es überdies an das zu Deutschland gravitierende Österreich. Derartige Grenzen aber machen aus beiden Ländern, insonderheit angesichts der derzeitigen Unbelebtheit und Einseitigkeit des russischen und des ungarischen Marktes, wirtschaftliche Einflußsphären Deutschlands, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, daß sie sich auch nur gegenseitig ausreichend ergänzen.

Das angeführte Motiv wäre gewiß für die westlichen Verbündeten, die ökonomischen Gründen zugänglich waren, sehr überzeugend gewesen. Für uns hingegen wie auch für die Tschechen mußte außerdem ein zweites Argument eine Rolle spielen, welches damals vom Westen mit bewußter Absicht mißachtet wurde — das strategische. Im Falle eines deutsch-polnischen Krieges wäre die Front unerhört lang und deshalb schwer zu verteidigen, schwer offenbar vor allem für uns. Dabei

würden die Deutschen in einem Kriege mit uns gewiß nicht nur bis zum Äußersten jenen schlesischen Gebietsvorsprung verteidigen, sie würden ihn vielmehr zu ihrem Ausfalltor machen, um unsere Bergwerke zu vernichten, und um Polen von der Tschechoslowakei abzuschneiden, damit aber von den Zufuhren aus dem Westen überhaupt. Die Situation der Tschechoslowakei in einem ähnlichen Fall wäre nicht besser; zwar besitzt sie an den erwähnten drei Fronten Gebirge, die übrigens nicht sonderlich unzugänglich sind, doch sind diese außerdem von Deutschen besiedelt, und von diesen steht dahin, ob sie eine Invasionsarmee nicht mit Salz und Brot empfangen würden.

Unter diesen Umständen mußte die möglichste Verkürzung der Grenze mit dem Deutschen Reich sowohl für uns als auch für die Tschechoslowakei eine grundsätzliche Forderung bedeuten. Durchführen ließ sie sich aber nur auf dem Gebiete Schlesiens, und zwar durch eine entsprechende Verlängerung der befriedeten und erwünschten polnisch-tschechischen Grenze.

Die deutsche Grenze sollte von Glatz in der Richtung auf Breslau laufen und von dort zum Posener Gebiet, die polnisch-tschechische Grenze aber sollte etwas westlich der Oder von Breslau bis Oderberg gezogen werden. Dadurch wäre im Vergleich mit dem gegenwärtigen Zustande die polnisch-deutsche Grenze wesentlich verkürzt, ebenso auch die tschechisch-deutsche Grenze, während Tschechien und Polen auf dieser ganzen Strecke genau aneinander herangeschoben würden. Die Landkarte hätte erfreulich logisch ausgesehen.“

Zu diesem letzten Absatz gehört in der Consulibus-Schrift eine Fußnote, die statt jener bereits „erfreulich logischen“ Gestaltung der Landkarte eine noch bessere empfiehlt. In dieser Fußnote heißt es:

„Das polnisch-tschechische Territorialprogramm hätte seine These sogar eher noch radikaler und damit zugleich logischer formulieren sollen. Man hätte mit aller Energie die Befreiung der Lausitz fordern sollen — jenes Gebiets an der oberen Spree und am Bober, das gewisse Gebietsstreifen Sachsens, Niederschlesiens und Brandenburgs mit Kottbus umfaßt — danach war die Verlängerung ihrer Nordgrenze bis zum Posener Gebiet (bei Frau-stadt) zu verlangen, und von hier aus im Zehn- bis Zwanzigkilo-

meterabstand vom linken Oderufer die polnisch-tschechische Grenzlinie bis zum gegenwärtigen Treffpunkt der polnischen und der tschechischen Grenze zu ziehen. Das wäre annähernd einer Abtrennung der ganzen Provinz Schlesien von Deutschland gleichgekommen.

Die Tschechen hätten die Lausitz erhalten und damit die schöne Aufgabe, ihr Volkstum zu retten und dessen nationale Wiedergeburt herbeizuführen, ferner den deutsch-katholischen Teil Ober- und Niederschlesiens mit dem Industriebezirk unterhalb der Sudeten und mit dem Glatzer Tal, vom rein tschechischen Teil des Kreises Ratibor zu schweigen, den die Tschechen ja tatsächlich auch erhalten haben. Die Polen aber hätten dasjenige Territorium erlangt, für das hernach die Volksabstimmung angeordnet wurde, und das unzweifelhaft polnisch ist, samt Ratibor und Oppeln, ferner aber den Ostteil Niederschlesiens mit Breslau, Liegnitz und Glogau. Dieser Gebietsteil ist zwar überwiegend deutsch- evangelisch. Für seine Angliederung an Polen sprächen jedoch ebenso zahlreiche wie gewichtige Gründe. Vor allem wäre dadurch die gegenwärtig polnisch-deutsche Grenze genau um die Hälfte verkürzt worden, was für uns die allergrößte Bedeutung hat. Zweitens hätte die Linie, auf welcher dieser Gebietsteil an Deutschland stößt, dann kaum mehr als dreißig Kilometer betragen, ihre Verteidigung wäre also nicht schwierig gewesen, vom Industriegebiet aber wären die Deutschen um dreihundert Kilometer Luftlinie entfernt worden. Drittens aber ist das fragliche Gebiet nicht nur historisch polnisch, sondern es gehört auch ethnographisch zu uns, hat es doch sogar bis jetzt überall etwas polnisch- evangelische Bevölkerung, die in zahlreichen Gegenden erst vor kurzem entnationalisiert wurde und zu ihrem angestammten Volke zurückkehren kann. Viertens ist Niederschlesien mit Deutschland geographisch nicht verwachsen, es bildet die natürliche polnisch-tschechische Brücke, der nächste Weg von Warschau nach Prag führt über Breslau. Mag die Rücksicht auf die Sprache der Bevölkerung auch jede Hochachtung verdienen, so geht es doch nicht an, um ihretwillen ausgesprochene Naturgrenzen zu verunstalten, (unrichtig war es daher, Smyrna den Griechen zu geben oder den Irländern Ulster zu nehmen, richtig war es hingegen, den Tschechen die Berggrenze zu lassen und sie Italien zuzuerkennen), zumal der gegenwärtige sprachliche Charakter Niederschlesiens

durch eine Entnationalisierungspolitik geschaffen wurde. Fünftens ergibt sich aus dem geographischen der ökonomische Gesichtspunkt, das heißt daß Niederschlesien, als ein künstlicher Auswuchs des Reichs, keinen Bestandteil des deutschen wirtschaftlichen Organismus bildet und unter der ihm aufgezwungenen Verbindung mit dem Reiche leidet. Veranschaulicht wird dies durch die Tatsache, daß sich der östliche Teil Niederschlesiens schon in der Vorkriegszeit entvölkerte. Von 1871 bis 1905 erfolgte gemäß den Daten, die in der Untersuchung Serings „Die Verteilung des Grundbesitzes und die Abwanderung vom Lande“ (Berlin 1910) angeführt sind, in den Kreisen Namslau und Groß-Wartenberg, von denen uns gewisse Teile zuerkannt wurden, ferner in den Kreisen Öls, Trebnitz, Militsch, Brieg, Ohlau, Falkenberg, die noch einen kleinen Prozentsatz polnischer Bevölkerung (1 bis 10 Prozent) haben, und in Guhrau, Glogau, Liegnitz, Breslau, Wohlau, Steinau, Neumarkt und Lüben in allen Kreisen, mit Ausnahme der Vorstädte Breslaus, ein Rückgang der absoluten Zahl der ländlichen Bevölkerung. Der Verlust betrug bis zum Jahre 1905 in einem Kreise 1 Prozent, in acht Kreisen 5 bis 10 Prozent, und in sechs Kreisen 10 bis 18 Prozent, während im angrenzenden Oberschlesien und im Posenschen in derselben Zeit die Bevölkerung zunahm, vielfach um die Hälfte. Aber selbst wenn wir die städtische Bevölkerung mit in Rechnung ziehen, so beobachten wir einen Zuwachs nur in den Kreisen Breslau, Brieg und Liegnitz, in den übrigen zwölf Kreisen in derselben Zeit jedoch einen absoluten Bevölkerungsrückgang von mehr als 10 000 Köpfen über den gesamten natürlichen Zuwachs hinaus. Hingegen ist als Gesichtspunkt, der gegen die obige Konzeption spricht, der Umstand anzusehen, daß gemäß dieser Konzeption dem polnischen Staat ein Gebiet zugeführt würde mit unbestreitbar überwiegender deutscher Bevölkerung, gleichviel welcher ethnischen Ursprungs sie auch sein mag — ein Gebiet, besiedelt von einer Million und mehreren hunderttausend Menschen. Das würde die Bedeutung des deutschen Elements in Polen naturgemäß heben und unsere innere Verwaltung komplizieren, insbesondere durch die Einbeziehung eines riesenhaften Zentrums wie Breslau, das solchenfalls sicher die Hauptstadt des Deutschtums in Polen werden würde. Der Tschechoslowakei hätte eine derartige Teilung Schlesiens ungefähr ebensoviel an deutscher

Bevölkerung eingebracht, was aber schließlich für die innere Zusammensetzung dieses Staates im Vergleich mit dem gegenwärtigen Zustande keinen sonderlichen Unterschied gemacht hätte.“

Anschließend an die Textstelle, bei der diese Fußnote eingeschaltet war, fährt C. folgendermaßen fort:

„Polen wären auf diese Weise rein polnische Gebiete zuerkannt worden, der Tschechoslowakei neben den tschechischen auch einige katholisch-deutsche. Sowohl die Wirtschaftspolitik wie auch die strategische Verteidigung wäre beiden Staaten bedeutend erleichtert worden, ihre Bedeutung und ihre Stellung im Bestande Europas aber wäre dadurch in ausgezeichneter Weise erhöht. Man hätte darum eher an anderer Stelle vielleicht auf etwas verzichten, aus dieser Frage aber eine grundsätzliche machen sollen. Unsere Pflicht bei der Grenzziehung gegenüber der Tschechoslowakei wäre es naturgemäß gewesen, unser eigenes ethnographisches Gebiet zu schützen. Aber selbst eine etwaige übermäßige Begehrlichkeit der Tschechen durfte uns von der Verständigung mit ihnen nicht abbringen. Denn von unserem Standpunkt aus gesehen hätte man bei der Entscheidung über die Frage, ob dieses oder jenes Stück polnischen Bodens, unabhängig von seiner staatlichen Bedeutung, zur Tschechoslowakei oder zu Deutschland kommen solle, folgendermaßen zu verfahren: Allgemein gesprochen sowie von notwendigen und verständlichen Vorbehalten abgesehen, mußte alles getan werden, und mußte man zu vielem bereit sein, nur um es den Deutschen zu entreißen.

Leider jedoch hat unsere praktische Politik diesen Weg nicht eingeschlagen. Schlesien, das uns und die Tschechoslowakei verbinden sollte, hat uns im Gegenteil getrennt, physisch und moralisch. Während wir um einige Quadratmeilen Land im Teschener Gebiet kämpften, vergaßen wir ein Zusammenwirken in einer unverhältnismäßig bedeutungsvolleren Angelegenheit. Damit haben wir zuallererst das Territorialprogramm auf dem uns verbindenden Gebiet unrichtig gefaßt: denn da die Tschechen nur Glatz forderten und wir nur den rein polnischen Teil von Oppeln-Schlesien, blieb das deutsche Zwischengebiet ohnehin fast auf der ganzen Strecke unangetastet. Bestand somit für die Alliierten gar keine spezielle Ursache, unsere Forderungen im ganzen zu berücksichtigen, sprachen vielmehr angesichts der Kriegshandlungen

wegen des Teschener Gebiets sogar eher Gründe dagegen, so haben nun eben die Tschechen, unter beiderseitiger Verstimmung, Glatz verloren, wir aber zuerst die Unstrittigkeit unseres Anspruchs auf Oberschlesien und darauf infolge des Plebiszits seinen überwiegenden Gebietsteil. In unserem Kampf um Schlesien aber erwiesen uns die Tschechen nicht nur keine Hilfe, sie waren uns nicht einmal eben am günstigsten gesinnt, unsere eigenen Grenzprojekte (die Forderungen der oberschlesischen Aufständischen und die auf das Plebiszit bezüglichen) aber rückten die polnische Grenze von der tschechischen immer mehr ab, verbreiterten und verlängerten aber dafür den preußischen Gebietsvorsprung, bis endlich internationale Entscheidungen den gegenwärtigen gefährvollen Stand der Landkarte festlegten.

Jene Kompromißprojekte und -linien bilden überhaupt nicht das rühmlichste Blatt in der Geschichte unserer Diplomatie. Ein Einzelbeispiel! Eine unserer ersten Verzichtleistungen in Schlesien betraf den Kreis Kreuzburg, der Posen und Oberschlesien verbindet. Überwiegend von einer polnisch-evangelischen Bevölkerung bewohnt, unterlag er einem speziellen Druck von deutscher Seite; die oberschlesischen Aufstände konnten diesen Kreis darum auch nicht umfassen, und in der Abstimmung haben wir ihn dann endgültig verloren. Allein deswegen war der Kreis eben für uns besonders wertvoll und in staatlicher Hinsicht erwünscht, denn es ist zu besorgen, daß wir ihn nun in Bälde auch national für immer verlieren könnten, das heißt auch in sprachlicher Hinsicht, wie schon so viele andere polnisch-evangelische Landschaften in Schlesien. Da selbst die Korfantylinie ihn nicht einbezog, machten uns auf diesen Fehler — die Franzosen aufmerksam. Zwar nicht aus nationalen Rücksichten und auch nicht in Anbetracht des Abstimmungsergebnisses, aber weil die Verbindungsbahn zwischen Posen und Oberschlesien durch den Kreis Kreuzburg führt, hätten wir, wer weiß, ob nicht mit Erfolg, unsere Ansprüche darauf verfechten sollen.“

C.s Darstellungsweise ist schwerfällig und seine Sprache ebenfalls, was die Übersetzung, wenn sie treu sein wollte, naturgemäß nicht ändern konnte. Infolgedessen scheint es zweckmäßig, kurz zusammenzufassen, worauf unser Autor eigentlich hinauswill.

Sowohl Polen wie die Tschechoslowakei hätten, so meint er, viel größere Teile Schlesiens erhalten sollen als sie tatsächlich erhielten. C. entwickelt nun zwei verschiedene Idealvorschläge für die Aufteilung dieses Gebiets: einen weitergehenden und einen nicht ganz so weit gehenden.

Nach dem weitgehenden Plan hätte Deutschland nahezu ganz Schlesien verlieren sollen, ferner einen Ostzipfel des Freistaates Sachsen und einen Streifen im Südosten der Provinz Brandenburg. Der westliche Teil dieses annektierten Gebiets, meint C., wäre für die Tschechoslowakei zu bestimmen gewesen, der Ostteil, bis über Ratibor, Oppeln, Breslau, Liegnitz, Glogau hinaus, für Polen. Selbst dieses Maximalprogramm wird von unserem Autor übrigens nicht als bloße Utopie behandelt; er nimmt es vielmehr immerhin genügend ernst, um ausführlich darauf einzugehen und fünf Gründe zu seiner Empfehlung anzuführen, genauer: fünf Gründe zugunsten desjenigen Teils dieses Programms, der Polen betreffen würde. Schließlich kommen ihm aber doch selber Bedenken, zum mindesten eben für diesen Polen betreffenden Programmteil; darum, wie die Tschechen mit der ihnen zugedachten Gabe fertig würden, macht sich C. weniger Sorgen.

Ungeachtet dieser Bedenken fällt nun freilich das verkleinerte Programm, insoweit die polnischen Ansprüche in Frage kommen, noch immer recht umfassend aus. Es begreift zunächst ganz Oberschlesien ein, bis über die Oder, einschließlich der auch gegenwärtig deutsch verbliebenen Teile. Das ist bei C. unmißverständlich ausgedrückt. Was noch mehr verlangt wird, ist hingegen durch die empfohlene Grenzlinie, die von Glatz „in der Richtung auf Breslau“ und „von dort zum Posener Gebiet“ verlaufen sollte, weniger klar bezeichnet. Jedenfalls wird aber ein beträchtlicher südöstlicher Sektor auch Mittelschlesiens damit umschrieben.

Dies ist also das Consulibus-Programm für Schlesien. Und wir tun unserem Autor wohl nicht Unrecht, wenn wir ihn so verstehen, daß er es nicht nur 1919, gelegentlich des Friedens von Versailles, vertreten zu sehen wünschte. Sondern er hat

es zum Beispiel auch 1923, in der Aera Seyda-Dmowski, aufs neue für aktuell gehalten. Man darf weiter schließen, daß es, seinem Standpunkt gemäß, also auch noch künftig wieder aufleben kann.

Ein eingehenderer kritischer Kommentar zu den schlesischen Plänen der Consulibus-Schrift dürfte wohl überflüssig sein. Im Gegensatz zu den Ostpreußen betreffenden Fragen, die weniger allgemein bekannt sind, ist im Zusammenhang mit der Teilung Oberschlesiens das polnisch-deutsche Problem an der südöstlichen Grenze ja viel studiert und viel beleuchtet worden. Der folgende kurze Hinweis darf daher genügen.

Unter Anlehnung an die Gedankengänge des Consulibus könnte man vier Territorialkreise feststellen, die gemäß dieser Schrift in Schlesien unter dem Gesichtspunkt der deutsch-polnischen Rivalität geprüft zu werden verdienten: 1. das Gebiet des Maximalprogramms der Consulibus-Schrift (s. oben S. 56 ff.); 2. das Gebiet des, sozusagen, „verkürzten Maximalprogramms“ der Consulibus-Schrift (s. oben S. 56); 3. das Gebiet des ober-schlesischen Plebiszits und 4. der tatsächlich Polen zugefallene Teil des Plebiszitgebiets (Ost-Oberschlesien). Jeder später genannte Kreis ist kleiner als der vorausgegangene und wird von diesem eingeschlossen; zugleich verstärkt sich in jedem kleineren verhältnismäßig der Anteil des Polentums an der Gesamtbevölkerung. Von den Grenzen der Gesamtprovinz Schlesien über Ost-Mittelschlesien, West-Oberschlesien nach Ost-Oberschlesien vordringend, durchschreitet man gewissermaßen sich ganz langsam verdichtende Beimischungen des polnischen Bevölkerungselements: aus einer Landschaft, wo diese Beimischung gänzlich fehlt, gelangt man in eine zweite, wo diese Beimischung eben wahrnehmbarer wird, sie nimmt dann in der dritten nochmals etwas zu, und schließlich, in der vierten, in Ost-Oberschlesien — darüber besteht kein Streit —, wird der relative polnische Bevölkerungsanteil am stärksten. Und was erwies sich nun soeben? Hier, in Ost-Oberschlesien, also auf heute polnischem Boden unter polnischer Staatshoheit, haben am 14. November Wahlen für die Gemeindevertretungen



stattgefunden. Sie ergaben für das ganze an Polen abgetretene Gebiet Stimmenmehrheit für die deutschen Listen. In allen Städten und im Industriebezirk ergaben sich dagegen sogar starke deutsche Mehrheiten. Im Industriebezirk entfielen auf die deutschen Listen 132 063, auf die polnischen 89 551, auf kommunistische, gemischte und andere Listen 13 607 Stimmen nach dem endgültigen amtlichen polnischen Wahlergebnis für diesen wichtigsten Teil Polnisch-Oberschlesiens. Für das gesamte Polnisch-Oberschlesien liegt das endgültige Wahlergebnis bisher — März 1927 — noch nicht vor. Es scheint, daß die polnischen Behörden Grund haben, es zurückzuhalten. So also sieht's in demjenigen Teile Schlesiens aus, der relativ noch am meisten polnisch ist und der zudem unter polnischer Herrschaft steht. Und die Gegenprobe? Auch sie liegt vor. Im deutsch gebliebenen Schlesien war die letzte allgemeine Wahlhandlung die Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924. In dem hier zur Erörterung stehenden Gebiet betrug damals die tatsächliche Wahlbeteiligung: in Deutsch-Oberschlesien (Wahlkreis Oppeln) 550 000 Stimmen, in Mittelschlesien (Wahlkreis Breslau) 980 000 Stimmen, in Niederschlesien (Wahlkreis Liegnitz) 620 000 Stimmen, zusammen 2 150 000 Stimmen. Über zwei Millionen Wähler haben also am 7. Dezember 1924 in Deutsch-Schlesien gewählt. Und wieviel davon stimmten für die polnische Wahlliste? Im ganzen Gebiet des Deutschen Reichs: 81 700. Auf die drei schlesischen Wahlkreise sind also noch um ein gut Teil weniger zu rechnen, denn es kommen ja die in Ostpreußen und Westfalen abgegebenen polnischen Stimmen in Wegfall. In keinem Wahlkreis wurde denn auch die Minimalziffer von 60 000 polnischen Stimmen erreicht, die für ein Mandat erforderlich war; bekanntlich ist kein Pole in den Reichstag gelangt. Das war 1924. Über die Gemeindewahlen in Deutsch-Oberschlesien vom Februar 1927 wurde bereits auf S. 37 mitgeteilt, daß sie noch nicht 6 Prozent polnische Stimmen ergaben. Die Erfahrung ist also einesteils genügend frisch, anderenteils von einer Deutlichkeit, die jeden Zweifel ausschließt. Dessen-

ungeachtet stellt einem vom polnischen Standpunkt so geradezu nullen Ergebnis noch jetzt, zwei Jahre nach dieser Erfahrung, unser Autor ein Expansionsprogramm gegenüber, das virtuell selbst noch für künftige, nun nicht wieder zu versäumende Gelegenheiten die Annexion eines Millionengebiets empfiehlt, in dem, wie die Ziffern der Reichstagswahl zeigen, etwa zwei Prozent polnische Bevölkerung vorhanden ist. Man braucht sich das nur zu vergegenwärtigen, und wir können uns jede weitere Erörterung an dieser Stelle sparen.

\*

~~BIBLIOTEK  
INSTITUT  
POLSKO~~  
P 3882 II





BIBLIOTEKA  
UNIwersytecka  
Gdańsk

II 4.10272

Nie wypożycza się do domu